
Parteilose in der Kommunalpolitik

Eine Untersuchung bei Mitgliedern von Schweizer Gemeindeexekutiven¹

Hans Geser / Urs Meuli
Soziologisches Institut der Universität Zürich
2010 / 2011

7. Kapitel: Rekrutierung, Nomination und Wahlen

7.1 Perzipierte Voraussetzungen für die Wahl in die Exekutive

Wie bei anderen politischen Rollen in der Demokratie sind auch die Anforderungsprofile für kommunale Exekutivrollen nur sehr unscharf und unverbindlich definiert. Von gewissen Altersbeschränkungen abgesehen, kann jeder, der stimmberechtigt ist, auch für ein solches Amt kandidieren, und jede weitere Einschränkung würde die verfassungsmässig garantierte Wahlfreiheit der Stimmbürgerschaft beschneiden.

Natürlich gibt es sowohl in den Parteien wie in der allgemeinen Öffentlichkeit informelle Vorstellungen darüber, welche Voraussetzungen unverzichtbar oder zumindest wünschbar seien. Sicher präferiert man generell Kandidaten, die von ihrem Hauptberuf her nützliche Qualifikationen mitbringen, die mit der Gemeinde vertraut sind und das Vertrauen breiter lokaler Bevölkerungskreise geniessen, die nie straffällig geworden sind und in „geordneten Familienverhältnissen“ leben, und die ihre Eignung und Neigung zur Politik bereits in anderen Ämtern ausgewiesen haben- auch wenn über die Priorität dieser Kriterien unterschiedliche Meinungen bestehen.

Vor allem für kleinere Gemeinden ist charakteristisch, dass von den Kandidaten oft recht spezifische ressortbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten (z. B. im Finanzwesen oder Bauwesen) gefordert werden, weil im entsprechenden Vollzugsbereich keine entsprechend qualifizierten Fachbeamten zur Verfügung stehen. Demgegenüber mag es in grossen städtischen Gemeinden wichtiger sein, dass Kandidaten über Führungsqualifikationen und ein generell gehobenes Bildungsniveau verfügen, oder dass sie durch ihr bisheriges Wirken eine breite örtliche Bekanntheit und Reputation gewonnen haben.

Die Unschärfe und Informalität solcher Wahlkriterien bringt es mit, dass Fragen nach der „Wichtigkeit“ verschiedener Voraussetzungen keine sehr validen Antworten generieren, denn einerseits ist nicht gewährleistet, dass die Informanten allenfalls bestehende Regeln kognitiv adäquat wahrnehmen, und andererseits können solche Rekrutierungsregeln irrelevant sein, da infolge der Knappheit der Kandidaten gar keine entsprechenden Auswahlmöglichkeiten bestehen. Jedenfalls ist die Annahme sinnvoll, dass jeder Befragte sein Urteil auf die von ihm selbst und in seinem persönlichen Umfeld gemachten Erfahrungen stützt: so dass Parteigebundene und Parteilose derselben Gemeinde zu Recht unterschiedliche Wahlvoraussetzungen perzipieren.

¹ Die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsberichts stammen aus dem Projekt : „Gemeindepolitik ohne Parteien?“, das der Schweiz. Nationalfonds vom 1. April 2008 bis zum 31. Sept. 2011 finanziell unterstützt hat (Projekt Nr. 100012-120614).

Zur Operationalisierung der Wahlvoraussetzungen wurden die Informanten gefragt, wie wichtig ihrer Meinung nach verschiedene Voraussetzungen seien, um als Mitglied der Exekutive dieser Gemeinde gewählt zu werden. Als Antwortalternativen sind die vier Optionen „wichtig“ „eher wichtig“ „eher unwichtig“ und „unwichtig“ zur Verfügung gestanden.

Eine Faktoranalyse (mit Varimax-Rotation) hat eindeutig drei orthogonale Dimensionen ergeben, die insgesamt fast 60% der Gesamtvarianz abdecken (Tab 7.1). An erster Stelle (mit über 28% Erklärungskraft) steht der Faktor „persönliche Qualifikation“, der das berufliche Qualifikationsniveau, das formale Ausbildungsniveau und die beruflichen Spezialkenntnisse umfasst.

An zweiter Stelle (mit 19% Varianzerklärung) steht ein sehr genereller Faktor der „Sozialintegration“, zu dem neben der langen Wohndauer und hohen Bekanntheit in der Gemeinde auch die Vernetzung mit einflussreichen Kreisen sowie die sozialkonforme private Lebensführung („geordnete Familienverhältnisse“) gehören. Ein dritter, den minimalen Eigenwert von 1.0 nur noch knapp übersteigender Faktor bezieht sich auf das „öffentliche Engagement“, das in vereinsbezogenen Aktivitäten sowie in der Übernahme anderer kommunaler Ämter Ausdruck findet.

Tabelle 7.1: Faktorstruktur der Wichtigkeiten von neun Wahlvoraussetzungen (Varimax-Rotation; N = 7111).

	Faktor I	Faktor II	Faktor 3
Hohe berufliche Qualifikation	.87	.05	.10
Hohe Bildung	.86	.09	.05
Spezielle berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten	.78	.09	-.03
Lange Ansässigkeit in der Gemeinde	-.03	.61	.15
Bekanntheit	.04	.73	.13
Beziehungen zu einflussreichen Kreisen	.10	.64	.21
Geordnete Familienverhältnisse	.15	.63	-.10
Tätigkeit in Vereinen und Verbänden	-.04	.20	.81
Tätigkeit in anderen kommunalen Ämtern	.13	.07	.84
Eigenwert	2.54	1.73	1.11
Prozentsatz der erfassten Varianz	28.22	19.20	12.34

Der diffuse Charakter der Kriterien (und ihrer Wahrnehmung) ist wohl der Grund, warum die den verschiedenen Voraussetzungen zugeordneten Wichtigkeiten so breit streuen, dass insgesamt keine sehr klaren Prioritäten erkennbar sind (Tab 7.2). Immerhin fällt auf, dass – unabhängig vom Geschlecht - bei den parteigebundenen Exekutivmitgliedern die lokale „Bekanntheit“ den ersten Platz einnimmt, während bei den Parteilosen eher Berufsqualifikationen sowie „geordnete Familienverhältnisse“ die Liste anführen.

Das überraschende Hauptergebnis der Tabelle 7.2 besteht aber darin, dass die Parteilosen praktisch allen Wahlvoraussetzungen eine geringere Wichtigkeit als die Parteigegebenen zuordnen. Eine Ausnahme bilden einzig die „speziellen beruflichen Kenntnisse“, wo keine Unterschiede erkennbar sind, sowie die „geordneten Familienverhältnisse“, wo die Unterschiede zwar auch in dieselbe Richtung gehen, aber unterhalb der statistischen Signifikanzschwelle bleiben.

Tabelle 7.2: Wichtigkeit verschiedener Voraussetzungen für die Wahl in die Exekutive (aus subjektiver Sicht der Befragten): nach Geschlecht (Skala von 0 bis 3).

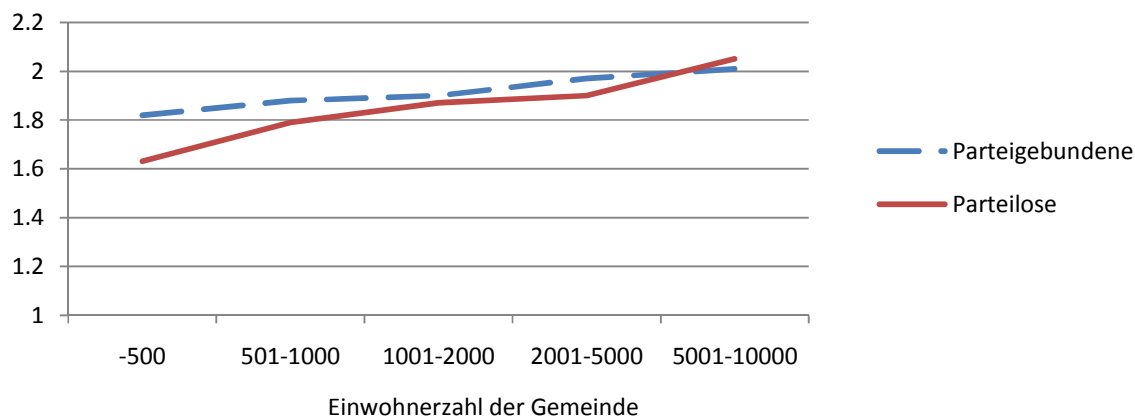
	Frauen		Männer	
	Parteigegebundene	Parteilose	Parteigegebundene	Parteilose
Hohe berufliche Qualifikation	1.80	1.57**	1.98	1.82**
Hohe Bildung	1.63	1.41**	1.68	1.53**
Spezielle berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten	1.83	1.80	1.84	1.84
Lange Ansässigkeit in der Gemeinde	1.83	1.73*	1.74	1.59**
Bekanntheit	2.15	1.61**	2.13	1.58**
Beziehungen zu einflussreichen Kreisen	1.51	1.09**	1.45	1.07**
Geordnete Familienverhältnisse	1.94	1.87	1.89	1.84*
Tätigkeit in Vereinen und Verbänden	1.98	1.64**	1.95	1.60**
Tätigkeit in anderen kommunalen Ämtern	1.81	1.42**	1.70	1.41**
Quotient: Qualifikation / Engagement²	1.07	1.30**	1.07	1.30**
Quotient: Qualifikation / Sozialintegration	1.06	1.21**	1.06	1.21**
Quotient: Engagement / Sozialintegration	1.04	1.03	1.04	1.03
N =	1028	608	3803	1824

Als möglichen Grund könnte man anführen, dass die meisten Parteilosen aus kleineren Gemeinden stammen, in denen ohnehin weniger Ansprüche an Amtsinhaber gestellt werden (können). Da sich diese Vermutung im Folgenden nicht bestätigen wird (vgl. Figuren 7.1-7.9), müssen andere Gründe den Ausschlag geben. Im Vordergrund steht vor allem die Hypothese, dass es primär die politischen Parteien sind, die bei ihren Nominationsprozessen für die Durchsetzung bestimmter Auswahlkriterien sorgen., während im Falle von Parteilosen niemand da ist, der den Zugang zur Wahlliste an irgendwelche Voraussetzungen bindet. Ebenso wäre denkbar, dass Parteilose bevorzugt in Gemeinden zum Zuge kommen, die infolge notorischer Kandidatenknappheit bereits seit längerem auf restriktive Rekrutierungskriterien verzichten.

² Die drei Variablen „Qualifikation“, „Engagement“ und „Sozialintegration“ beruhen auf einer Summierung der Werte jener Items, die in der Faktoranalyse auf den entsprechenden drei Faktoren hohe Ladungen besitzen. Um sie für Zwecke der Division vergleichbar zu machen, wurden die Summenwerte durch die Zahl der Items dividiert, so dass alle drei Variablen auf einer Skala zwischen 0 und 3 variieren.

Im Lichte der faktoranalytisch gewonnenen drei Dimensionen wird deutlich, dass sich Parteilose von Parteigebundenen zudem auch darin unterscheiden, dass ihrer Qualifikation (im Verhältnis zu ihrem öffentlichen Engagement einerseits und ihrer Sozialintegration andererseits) relativ mehr Gewicht beigemessen wird – während bezüglich des relativen Gewichts von „Engagement“ von „Integration“ keine Unterschiede bestehen. Oder umgekehrt formuliert: die Parteien bevorzugen in besonders hohem Masse Personen die vorgängig in Vereinen und öffentlichen Ämtern tätig waren und dank ihrer öffentlichen Bekanntheit und ihren Beziehungen zu einflussreichen Kreisen günstige Voraussetzungen für eine wirksame politische Amtsführung mitbringen.

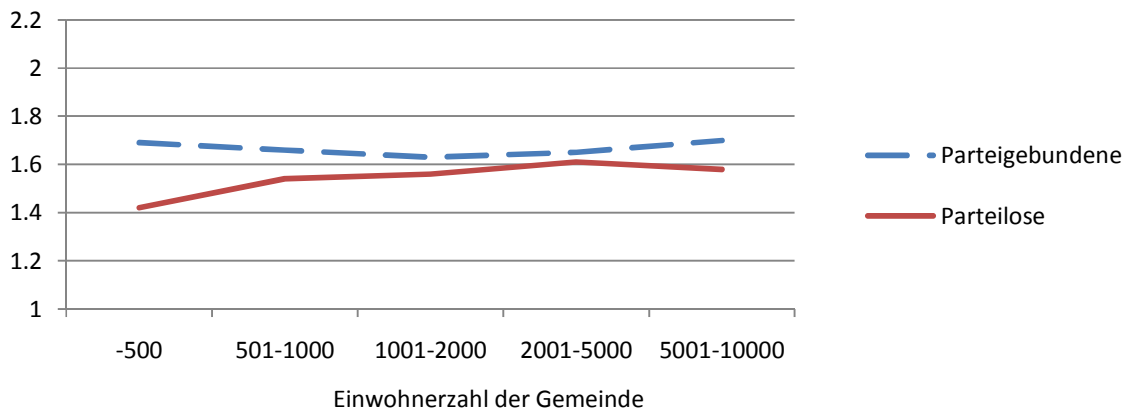
Figur 7.1: Wichtigkeit des Kriteriums "hohe berufliche Qualifikation", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).



Beim Vergleich nach Gemeindegrössenklassen wird deutlich, dass sich die Divergenzen zwischen Parteigebundenen und Parteilosen je nach Einwohnerzahl teilweise dramatisch voneinander unterscheiden.

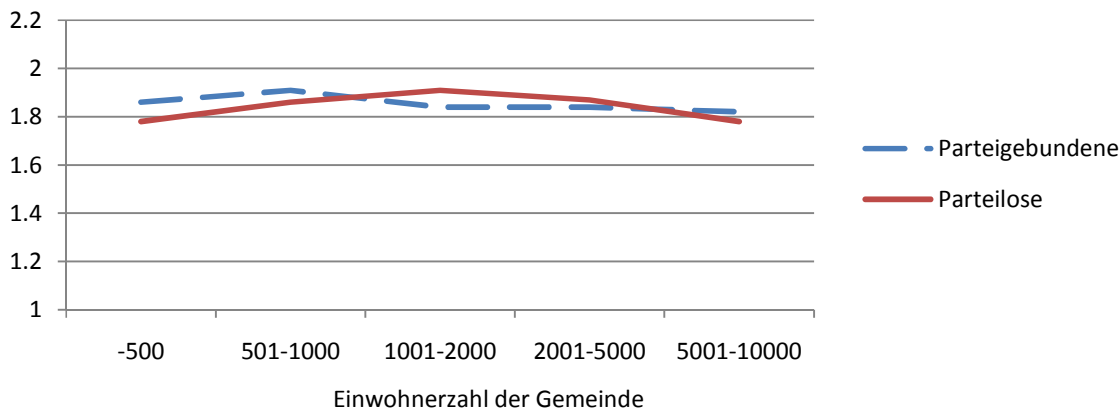
So beschränkt sich die Regularität, dass hohe Berufsqualifikation bei Parteilosen geringere Bedeutung hat, auf sehr kleine Gemeinden, während oberhalb von 1000 Ew. keine signifikanten Differenzen mehr feststellbar sind. Das Ansteigen der beiden Kurven ist wohl dadurch bedingt, dass unter „hoher Berufsqualifikation“ meist Führungserfahrungen verstanden werden, nach denen in grösseren Gemeinden mit umfangreichen Verwaltungen eine besonders hohe Nachfrage besteht (Figur 7.1). Sie unterscheiden sich damit von „hoher allgemeiner Bildung“, deren Wichtigkeit fast ungeachtet der Gemeindegrösse auf recht niedrigem Niveau stagniert (Figur 7.2).

Figur 7.2: Wichtigkeit des Kriteriums "hohe Bildung", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).



Noch weniger als die Wichtigkeit der Bildung hängt die Bedeutung spezieller Berufskennntnisse von der Parteizugehörigkeit und der Gemeindegrösse ab (Figur 7.3). Das leichte Absinken in grösseren Gemeinden erklärt sich leicht dadurch, dass mehr Spezialbeamte zur Verfügung stehen, so dass auf Exekutivebene anstelle spezieller Kenntnisse generalisiertere Fähigkeiten

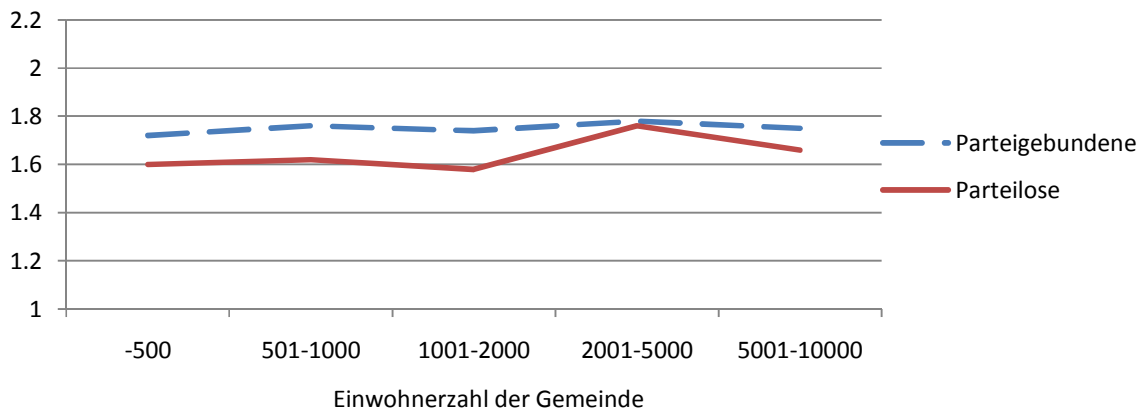
Figur 7.3: Wichtigkeit des Kriteriums "spezielle berufliche Kenntnisse", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).



(z. B. der Führung) an Relevanz gewinnen.

Verfehlt wäre die Vorstellung, dass eine lange Ortsansässigkeit nur in ländlichen Kleingemeinden positiv ins Gewicht fallen würden, denn dieses Kriterium bleibt ungeachtet der Gemeindegrösse von gleichbleibender (zumindest mittlerer Relevanz (Figur 7.4)). Die höheren Werte bei den Parteilobundenen sind wohl darauf zurückzuführen, dass die Lokalparteien bevorzugt autochthone Mitglieder rekrutieren und Kandidaten nominieren, die bereits längere Zeit in der Partei aktiv mitgearbeitet haben.

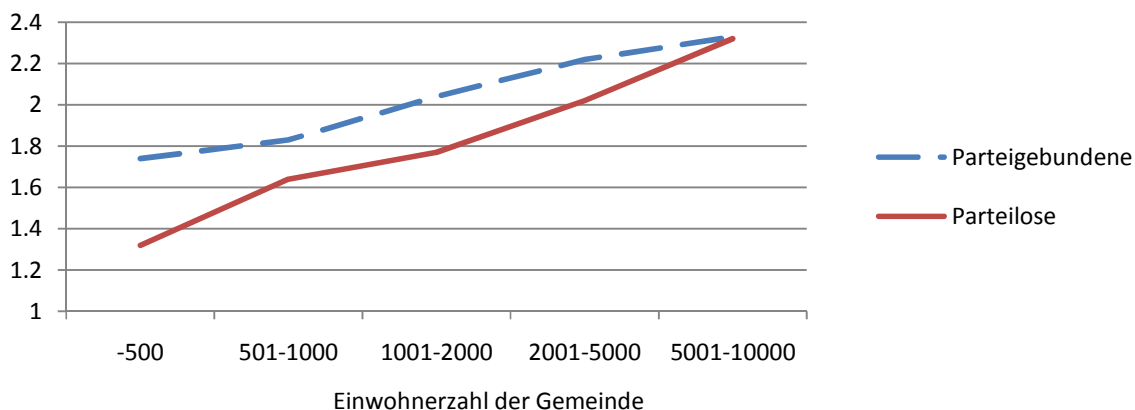
Figur 7.4: Wichtigkeit des Kriteriums "lange Ansässigkeit in der Gemeinde", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).



Die schiere „Bekanntheit in der Gemeinde“ ist oberhalb von 5000 Einwohnern sowohl bei Parteigebundenen wie bei Parteilosen von grösster Wichtigkeit, während sie in Kleingemeinden vor allem für Parteilose erstaunlich wenig Bedeutung hat (Figur 7.5). Dieses letztere Ergebnis widerspricht diametral der Hypothese, dass Parteigebundene weniger auf öffentliche Sichtbarkeit ihrer Person angewiesen seien, weil allein über ihre („richtige“) Parteizugehörigkeit eine grosse Zahl von Wählern gewinnen können.

Offensichtlich bringen es die (in den meisten Gemeinden üblichen) Majorzwahlen mit sich, dass Parteien aktiv für eine grosse öffentliche Bekanntheit ihrer Kandidaten sorgen müssen, um ihnen eine absolute Stimmenmehrheit zu sichern. Es entsteht der Verdacht, dass Parteilose mancherorts (vor allem in kleineren Gemeinden) ihre Wahl bereits dadurch gesichert haben, dass sie überhaupt kandidieren – weil man froh ist, überhaupt jemanden für das offene Exekutivamt zu finden.

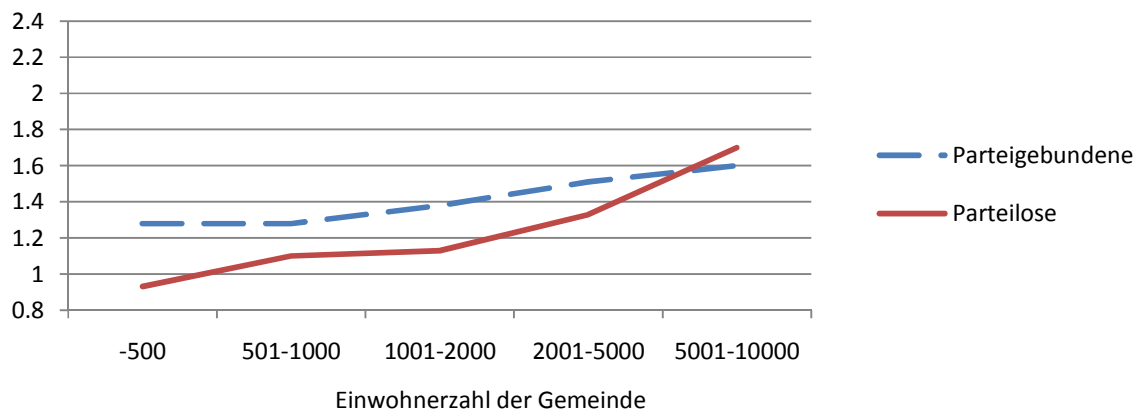
Figur 7.5: Wichtigkeit des Kriteriums "Bekanntheit in der Gemeinde", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).



Dies würde auch erklären, warum man in Kleingemeinden an Parteilose kaum die Forderung stellt, über gute Beziehungen zu „einflussreichen Kreisen“ zu verfügen – ein Kriterium, das generell einen sehr niedrigen Rang einnimmt, da es eine Dimension informeller Macht anspricht,

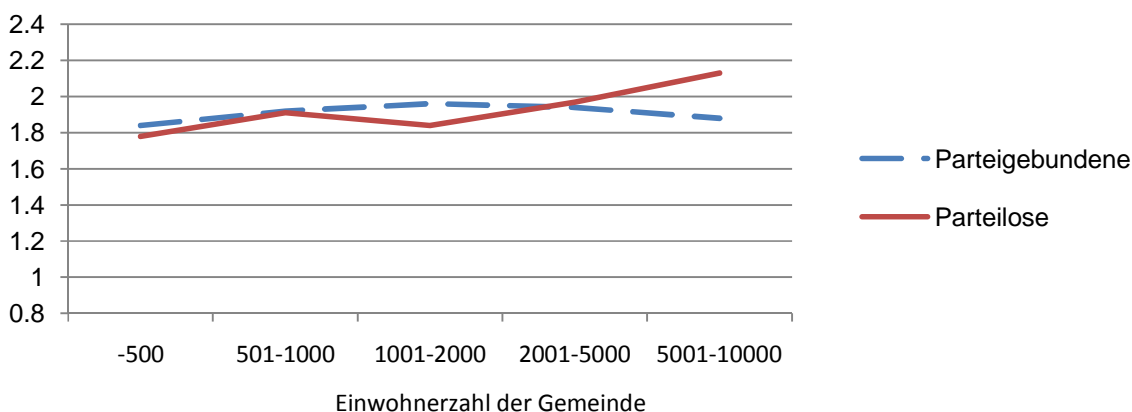
der im demokratischen Rechtsstaat eine nur untergeordnete Bedeutung zukommen darf (Figur 7.6). In grösseren Gemeinden, wo vielfältige Eliten und organisierte Gruppen politischen Einfluss ausüben, nimmt die Wichtigkeit derartiger Beziehungen erwartungsgemäss zu – vielleicht ein Grund dafür, warum auch die lange Ortsansässigkeit (die für die Einbettung in informelle informelle Netzwerke oft die Voraussetzung bildet) ihre Bedeutung nicht verliert.

Figur 7.6: Wichtigkeit des Kriteriums "Beziehungen zu einflussreichen Kreisen", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).

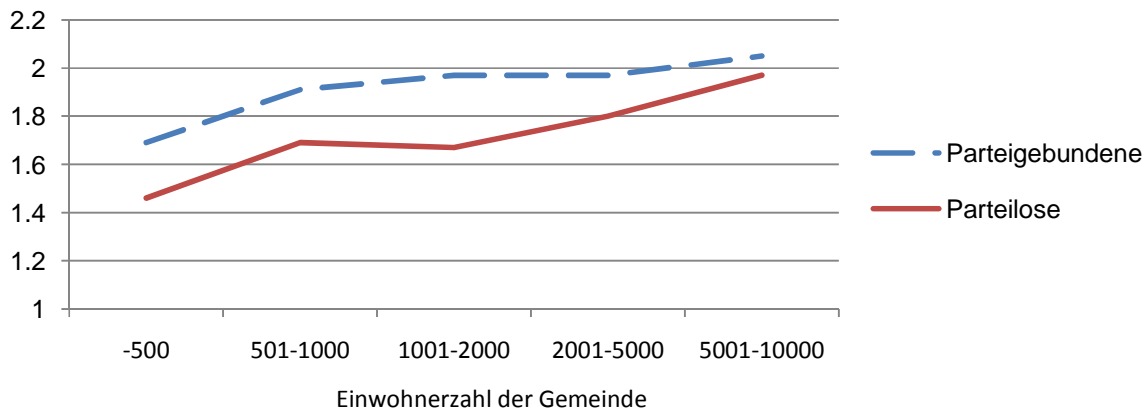


Obwohl den Politikern aller Ebenen heute zweifellos mehr Spielraum für vielfältige private Lebensweisen (Scheidungen, homosexuelle Paarbeziehungen etc.) als früher zugestanden wird, scheinen Kandidat(inn)en, die in konventionellen „geordneten Familienverhältnissen“ leben, nach wie vor eine besonders Wertschätzung zu geniessen. Bei Parteigebundenen bleibt die Wichtigkeit dieses Kriteriums über alle Grössenklassen hinweg stabil, bei Parteilosen nimmt es mit wachsender Grösse sogar deutlich zu und erreicht oberhalb von 5000 Einwohnern ein Niveau, das nur noch mit demjenigen der „öffentlichen Bekanntheit“ und der „hohen Berufsqualifikation“ verglichen werden kann (Figur 7.7).

Figur 7.7: Wichtigkeit des Kriteriums "geordnete Familienverhältnisse", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).

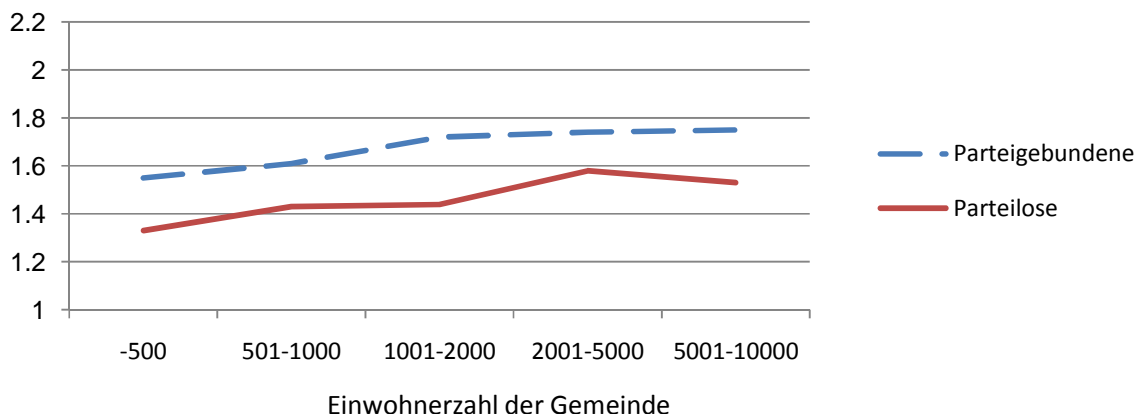


Figur 7.8: Wichtigkeit des Kriteriums "Tätigkeit in Vereinen und Verbänden", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).



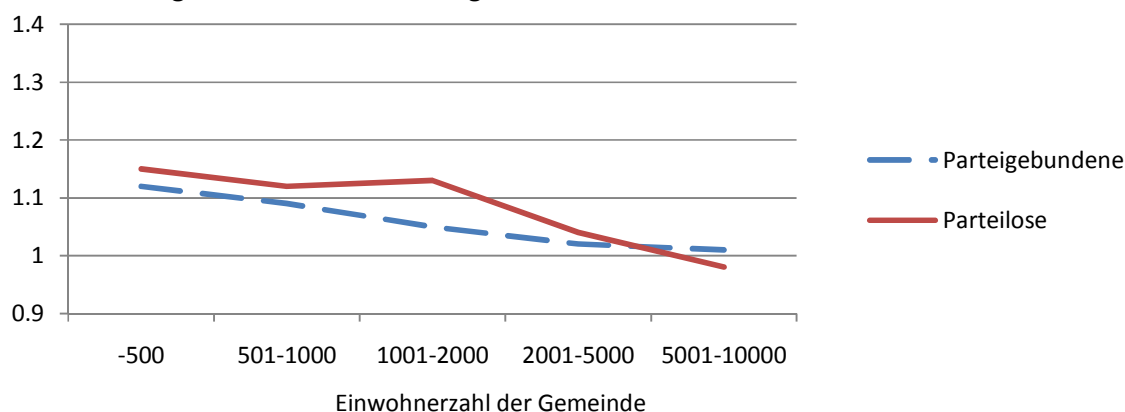
Schliesslich hängen die Wahlchancen parteiloser Kandidaten offensichtlich weniger als diejenigen parteigebundener Bewerber davon ab, ob sie vorgängig in örtlichen Vereinen und Verbänden tätig gewesen sind oder in derselben Gemeinde andere öffentliche Ämter (z. B. in Spezialkommissionen) übernommen haben. Allerdings steigt die Bedeutung der Vereinstätigkeit bei Parteilosen mit zunehmender Gemeindegrösse sehr stark an, um oberhalb von 5000 Einwohnern fast das Niveau der Parteigebundenen zu erreichen (Figur 7.8). So findet die Hypothese keine Unterstützung, dass Parteilose mehr Engagement in örtlichen Vereinen oder Behörden aufweisen müssten, um ihren Mangel an Parteibindung und Parteiarbeit zu kompensieren. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, dass Parteilose (insbesondere in Kleingemeinden) als willkommene „Lückenbüsser“ fungieren, an die man – über ihre schiere Amtswilligkeit hinaus - keine besonderen Wahanforderungen stellen darf.

Figur 7.9: Wichtigkeit des Kriteriums "Tätigkeit in anderen kommunalen Aemtern", um in die Exekutive gewählt zu werden: nach Gemeindegrösse (Skala von 0 bis 3).

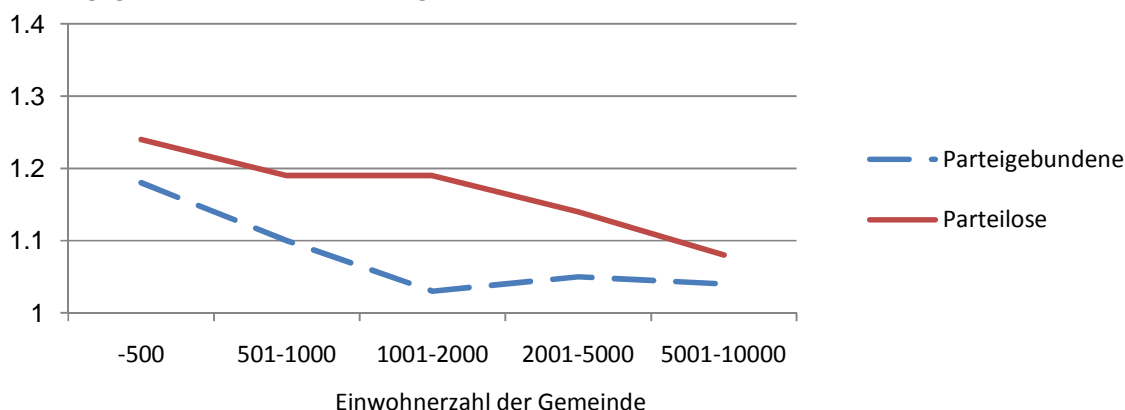


Relativ betrachtet überwiegen bei den Parteilosen qualifikatorische Anforderungen³, während bei Parteigegebenen Sozialintegration⁴ und öffentliches Engagement⁵ eine grössere Bedeutung haben (Figuren 7.10 und 7.11).

Figur 7.10: Quotient zwischen der Wichtigkeit der Dimensionen "Qualifikation" und "Sozialintegration": nach Gemeindegrösse.



Figur 7.11: Quotient zwischen der Wichtigkeit der Dimensionen "Qualifikation" und "Engagement": nach Gemeindegrösse.



Eine Aufgliederung nach Kantonen zeigt, dass sich dieser Vorrang der Qualifikationen gegenüber dem öffentlichen Engagement auf alle Landesgegenden erstreckt. Nur im Kanton Jura sind es die Parteivertreter, bei denen leicht mehr auf Bildungsniveau und berufliche Fähigkeiten geachtet wird. (Figur 7.12). Auffälligerweise sind es die Westschweizer Kantone

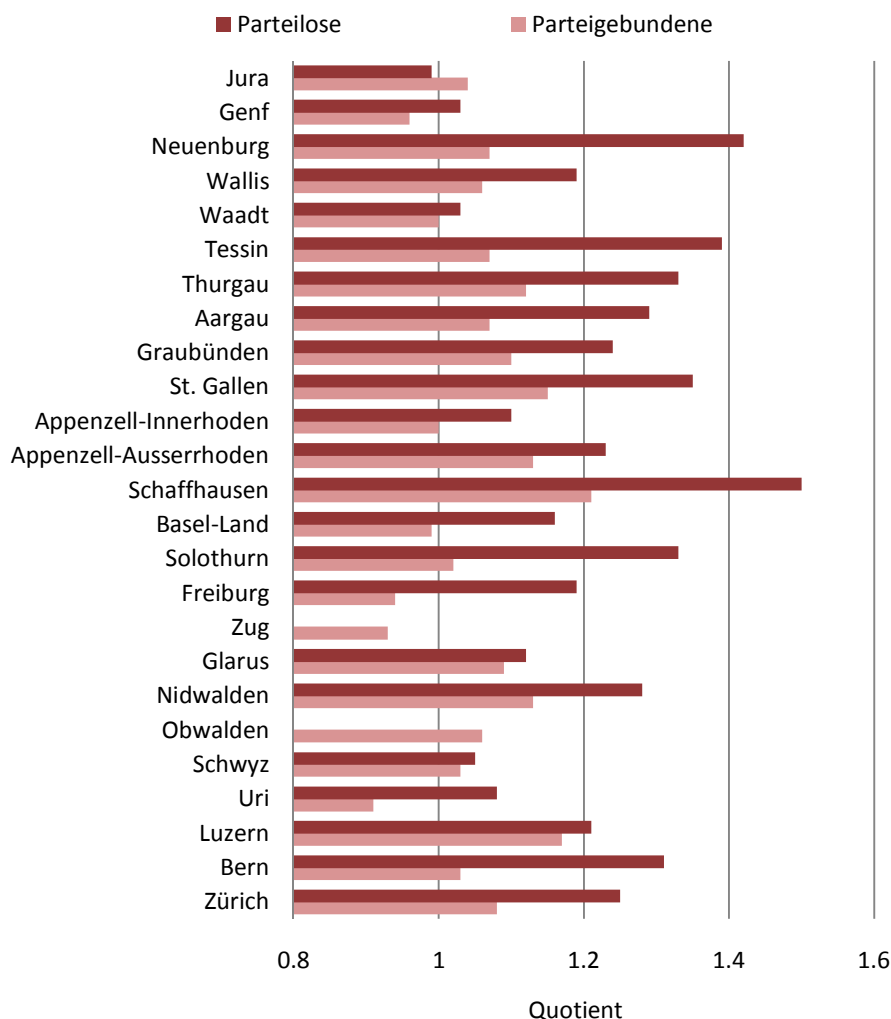
³ Der Index „Qualifikation“ wurde aus dem Durchschnittwert der drei auf dem ersten Faktor ladenden Variablen gebildet (vgl. Tab 7.2).

⁴ Der Index „Sozialintegration“ wurde aus der Durchschnittwert der vier auf dem zweiten Faktor ladenden Variablen gebildet (vgl. Tab 7.2).

⁵ Der Index „öffentliches Engagement“ wurde aus der Durchschnittwert der zwei auf dem dritten Faktor ladenden Variablen gebildet (vgl. Tab 7.2).

Jura, Genf und Waadt (zusammen mit Zug, Obwalden, Uri und Schwyz), in denen dem öffentlichen Engagement in der Gemeinde am häufigsten den Vorrang vor qualifikatorischen Aspekten eingeräumt wird.

Figur 7.12: Quotient zwischen der Wichtigkeit persönlicher Qualifikationen und der Wichtigkeit des öffentlichen Engagements in der Gemeinde: nach Kantonen.



Neben der Gemeindegrösse erweist sich das durchschnittliche Bildungsniveau der Stimmbevölkerung als eine Variable, die die Wichtigkeit mehrerer Wahlvoraussetzungen (in allerdings schwacher Weise) determiniert. So nimmt mit wachsendem Bildungsgrad die Bedeutung der „Bekanntheit“ sowie der „geordneten Familienverhältnisse“ ab, während die Tätigkeit in Vereinen und Behörden zumindest bei den Parteilosen kleinerer und mittelgrosser Gemeinden etwas an Bedeutung gewinnt (Tab. 7.3). Vor allem aus den Quotienten der drei aggregierten Variablen wird deutlich, dass sozialintegrative Voraussetzungen gegenüber der mitgebrachten Qualifikation und dem öffentlichen Engagement in den Hintergrund treten, wenn

grosse Prozentanteile der Bevölkerung über ein tertiäres Bildungszeugnis verfügen. Die naheliegende Hypothese, dass auch von den Kandidaten höhere Bildungsabschlüsse verlangt würden, wird allerdings nur sehr schwach (für Parteigebundene in kleineren und mittleren Gemeinden) bestätigt.

Tabelle 7.3: Korrelationen zwischen dem Anteil der kommunalen Bevölkerung mit höherer Bildung und der Wichtigkeit verschiedener Wahlvoraussetzungen: nach Gemeindegrösse.

Voraussetzungen für die Wahl in die Gemeindeexekutive:	Einwohnerzahl der Gemeinde:					
	-2000		2001-5000		5001-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Hohe berufliche Qualifikation	.03	.04	.02	-.03	-.03	-.07
Hohe Bildung	.05*	.03	.05*	-.04	.02	-.18
Spezielle berufliche Kenntnisse	.00	.03	.00	.07	-.02	-.01
Lange Ansässigkeit in der Gemeinde	.03	.10**	.02	.15**	.05	.08
Bekanntheit	-.09**	-.21**	-.07**	-.36**	-.10**	-.19
Beziehungen zu einflussreichen Kreisen	.02	-.00	.03	-.04	-.03	-.21
Geordnete Familienverhältnisse	-.13**	-.09**	-.11**	-.19**	-.15**	-.13
Tätigkeit in Vereinen/Verbänden	-.01	.10**	.02	.18**	.01	.03
Tätigkeit in andern komm. Ämtern	.01	.10**	.03	.17**	.04	.16
Quotient: Qualifikation vs. Engagement	-.00	-.09**	-.02	-.14**	-.02	-.12
Quotient: Qualifikation / Sozialintegration	.07**	.08**	.07*	.17**	.09**	-.01
Quotient: Engagement / Sozialintegration	.06**	.16**	.08**	.32**	.09**	.22

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

7.2 Berufliche Vorqualifikationen

Niemand, der ein nebenberufliches Exekutivamt übernimmt, wird speziell im Hinblick darauf eine aufwändige Fachausbildung absolvieren. Vielmehr werden sich alle auf die in ihrem Hauptberuf erlernten (und dort weiterhin ausgeübten) Kenntnisse und Erfahrungen verlassen. Kommunale Milizverwaltungen sind darauf angewiesen, „parasitär“ aus derartigen Berufsqualifikationen, die sie nicht selber erzeugen können, Nutzen zu ziehen. Vor allem in Kleingemeinden kann es bedeutsam sein, zum Beispiel für das Finanzressort einen Buchhalter oder für das Werk- und Bauressort technisch versierte Kräfte zu finden, da in der gering dotierten Verwaltung keine entsprechenden Fachbeamte zur Verfügung stehen. Umgekehrt dürfte mit wachsender Gemeindegrösse ein zunehmender Bedarf nach Führungserfahrung entstehen, weil die Zentralverwaltung mit ihren Annexanstalten Dimensionen annimmt, die einer mittelgrossen Wirtschaftsunternehmung nahekommen. Diese vielfältige Abhängigkeit von der Berufswelt ist

mit ein Grund, warum sehr junge Nachwuchskräfte kaum je zum Zuge kommen und sich das Rekrutierungsfeld paradoxerweise weitgehend auf (bereits stark belastete) Erwerbstätige beschränkt (vgl. 6.4).

Die Ausweitung des Rekrutierungsfeldes auf Parteilose könnte sehr wohl vom Bestreben geleitet sein, Kandidaten mit optimalen beruflichen Vorqualifikationen zu finden: unabhängig davon, welche Gesinnung und sachpolitische Linie sie pflegen. Auch in ihrem Wahlkampf mögen Parteilose primär ihre Qualifikationen als Wahlargumente ins Feld führen: indem sie sich als Experten anpreisen, die zur Verwaltungsführung oder zur Leitung eines bestimmten Ressorts optimale Voraussetzungen besitzen (Sherrill 1998).

Tatsächlich aber hat sich bereits oben gezeigt, dass Parteilose – genau im Gegensatz zu dieser Hypothese – im Durchschnitt eher weniger gebildet sind (vgl. 6.3) sowie überdurchschnittlich häufig aus Angehörigen unterer Kader und subordinierten Mitarbeiterpositionen rekrutieren: im Gegensatz zu höheren Führungskräften, die seltener ohne eine Partei im Rücken politisieren (vgl. 6.6). Kein Wunder, dass sie von ihrem Beruf her häufiger über keine beruflichen Führungserfahrungen, juristische Vorkenntnisse oder kaufmännische Qualifikationen verfügen (Tab 7.4). Hingegen pflegen sie überdurchschnittlich häufig technische Kenntnisse und Fähigkeiten in ihr Amt einzubringen, wie sie beispielsweise für die Führung des Bauwesens, des Umweltbereichs oder der Gemeindewerke nützlich sind. Tatsächlich sind es diese drei Ressorts, die – zusätzlich zum Gesundheitswesen – überdurchschnittlich häufig von Parteilosen übernommen (bzw. ihnen zugewiesen) werden.

Tabelle 7.4: Prozentsatz der Exekutivmitglieder mit verschiedenen beruflichen Vorqualifikationen: nach Parteibindung und Geschlecht.

	Art der Qualifikation									
	finanziell		juristisch		technisch		organisatorisch		führungsmässig	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Frauen	30	28	16	14	11	15**	77	76	52	40**
Männer	34	27**	21	17**	38	49**	76	72**	63	52**

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Erwartungsgemäss liegen die Frauen bezüglich technischer Qualifikationen weit hinter den Männern zurück, während ihr Rückstand in Führungserfahrung erstaunlich gering ausfällt und sie in allen übrigen Bereichen mit den Männern durchaus Schritt zu halten vermögen. Auffällig ist aber, dass das Qualifikationsniveau der Frauen etwas weniger davon abhängig ist, ob sie einer politischen Partei angehören.

Bei einer Aufgliederung nach Gemeindegrossen zeigt sich erwartungsgemäss, dass Führungsqualifikationen mit wachsender Einwohnerzahl (und ergo: Verwaltungsumfang) stark zunehmen, während in den übrigen Bereichen (wo in grösseren administrativen Apparaten zunehmend Fachbeamte verfügbar sind) keine klaren Trends sichtbar sind, Überdies erweist es sich, dass oberhalb einer Schwelle von 5000 Einwohnern die grössten Qualifikationsunterschiede zwischen parteigebundenen und parteilosen Mandatsträgern

bestehen. Weitaus am häufigsten bringen sie hier technische Kenntnisse mit, während sie in Führungsfähigkeiten und organisatorisch-finanziellen Belangen signifikant seltener ausgewiesen sind (Tab 7.5).

Tabelle 7.5: Prozentsatz der Exekutivmitglieder mit verschiedenen beruflichen Vorqualifikationen: nach Parteibindung und Gemeindegrösse.

Einwohnerzahl der Gemeinde:	Art der Qualifikation									
	finanziell		juristisch		technisch		organisatorisch		führungsmässig	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*
-500	33	27*	20	17	32	40**	74	69*	48	40**
501-1000	32	26**	18	15	38	41	75	74	49	50
1001-2000	32	31	18	14*	34	38	73	79**	58	60
2001-5000	32	24**	19	14*	32	42**	77	76	64	60
5001-10000	35	18*	23	29	30	55**	80	63*	67	58

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Gerade in diesen halbstädtischen Gemeinden, wo sie nur einen geringen Bruchteil der Exekutivsitze besetzen, scheinen Parteilose erstaunlicherweise überwiegend aus gewerblich-industriellen Berufen rekrutiert zu werden – und kontrastieren damit immer stärker mit den Parteigebundenen, die zunehmend aus dem Bereich der tertiären Wirtschaft und der organisatorischen Kader stammen.

Plausiblerweise hängt der Qualifikationsgrad der Exekutivmitglieder auch vom Prozentanteil akademisch gebildeter Gemeindeeinwohner ab: weil diese einerseits ein günstigeres Rekrutierungsfeld für hochqualifizierte Kandidaten darstellen und zweitens wohl auch anspruchsvollere Anforderungen an die Qualität des kommunalen Regierens und Verwaltens stellen. Aus Tabelle 7.6 wird ersichtlich, dass vor allem die Häufigkeit *juristisch* vorgebildeter Mandatsträger bei Parteigebundenen und Parteilosen stark zunimmt, während sich die Zunahme finanzieller Kenntnisse auf Parteigebundene und das Anwachsen organisatorischer Fähigkeiten eher auf die Parteilosen beschränkt (Tab 7.6).

Die Ergebnisse der multivariaten logistischen Regressionsanalysen machen deutlich, dass Parteilosigkeit unabhängig von der Grösse und dem Bildungsgrad der Gemeindeeinwohnerschaft die Wahrscheinlichkeit finanzieller und juristischer Vorqualifikationen negativ beeinflusst, die Chance für technische Berufsqualifikationen hingegen umgekehrt etwas erhöht (Tab. 7.7). Ebenso bestätigt sich, dass Amtsträger mit Führungserfahrungen in jenen Gemeinden am häufigsten vorkommen, die eine zahlreiche, aber relativ wenig gebildete Bevölkerung aufweisen.

Tabelle 7.6: Prozentsatz der Exekutivmitglieder mit verschiedenen beruflichen Vorqualifikationen: nach Parteibindung und Prozentsatz der Gemeindeeinwohner mit Universitätsbildung.

Prozentsatz der Bevölkerung mit Universitätsbildung	Art der Qualifikation:									
	finanziell		juristisch		technisch		organisatorisch		führungsmässig	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*
-2%	32	26**	16	11**	30	36**	75	69**	59	47**
2-4%	31	29	18	16	31	39**	75	70**	60	53**
4-6%	36	26**	23	16**	32	44**	78	77	64	49**
6+%	35	27*	26	22	37	43	78	76	59	41**
Chi2	7.15	2.75	32.04	17.62	7.73	8.23	1.68	14.47	7.69	15.52
Sign.	.057	.433	.000	.001	.052	.041	.639	.002	.053	.001

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Tabelle 7.7: Multivariate Erklärungsmodelle für die Präsenz von verschiedenen beruflichen Vorqualifikationen (logistische Regressionen).

	Finanzielle Qualifikationen			Juristische Qualifikationen		
	Reg. K.	WALD	Exp(B)	Reg. K.	WALD	Exp(B)
<i>Prädiktoren:</i>						
Einwohner (log)	.013	.329	1.013	.048	3.087	1.049
% Universitätsbildung	.017	5.210	1.017*	.049	35.28	1.050**
Parteilos	-.262	18.042	.770**	-.205	7.631	.814**
Konstante	-.885	25.271	.413**	-1.987	89.567	.137**
Nagelkerkes R2	.006			.013		
(N =)	7573			7573		

	Technische Qualifikationen			Führungsqualifikationen		
	Reg. K.	WALD	Exp(B)	Reg. K.	WALD	Exp(B)
<i>Prädiktoren:</i>						
Einwohner (log)	-.090	16.187	.914**	.339	225.05	1.403**
% Universitätsbildung	.029	16.110	1.029**	-.032	20.27	.968**
Parteilos	.252	18.75	1.287**	-.037	.425	.964
Konstante	-.181	1.114	.834	-2.046	141.119	.129**
Nagelkerkes R2	.015			.058		
(N =)	7573			7573		

Es fällt auf, dass das mitgebrachte Qualifikationsniveau vor allem bei Parteilosen mit dem Alter beim Zuzug in die Gemeinde korreliert (Tab. 7.8). Exekutivmitglieder, die seit Geburt in der Gemeinde leben, bringen erheblich seltener finanziell, juristische, organisatorische oder führungsmässige Fähigkeiten mit als Mandatsträger, die erst später zugezogen sind. Nur bei technischen Kenntnissen findet sich eine umgekehrte Korrelation (bei Parteilosen) bzw. (bei Parteivertretern) keine signifikante Beziehung. Naheliegend ist die Vermutung, dass autochthone Amtsbewerber aufgrund ihrer überdurchschnittlichen intrakommunalen Bekanntheit und Vernetzung und ihrer Vertrautheit mit der angestammten Gemeinde über besondere Wahlvorteile (askriptiv-partikularistischer Art) verfügen, die Neuzuzüger durch um so ausgeprägtere erworbene Berufsqualifikationen wettmachen müssen. Für technische Vorqualifikation gilt dies deshalb nicht, weil es sich bei autochthonen Kandidaten häufig um lokal ansässige Gewerbetreibende handelt (vgl. 6.5/6.7), die Handwerks- oder Baufirmen betreiben.

Tabelle 7.8: Prozentsatz von Exekutivmitglieder mit verschiedenen beruflichen Vorqualifikation-nen: nach Parteibindung und Alter beim Zuzug in die Gemeinde

Alter beim Zuzug in die Gemeinde	Art der Qualifikation									
	finanziell		juristisch		technisch		organisatorisch		führungsmässig	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*
0	32	23	18	12	33	47	75	64	54	41
1-20	34	29	25	16	31	44	72	76	59	51
21-30	33	30	19	15	30	33	76	74	62	48
31+	34	28	21	19	34	41	79	78	67	55
Chi2	1.08	9.51	11.16	14.59	7.55	27.14	10.94	38.65	52.24	32.58
Sign.	.783	.023	.011	.002	.056	.000	.012	.000	.000	.000

Ein Vergleich der Altersgruppen erlaubt indirekt Rückschlüsse darauf, inwiefern sich die Verhältnisse innerhalb der letzten 30 Jahre geändert haben. Es zeigt sich, dass sich der technische Qualifikationsvorsprung der Parteilosen einerseits und ihr Qualifikationsdefizit in allen übrigen Bereichen andererseits zwar auf alle Altersgruppen erstreckt, dass aber bei den jüngeren Kohorten ein besonders grosser Abstand bezüglich finanzieller, juristischer und organisatorischer Fähigkeiten besteht (Tab 7.9). Daraus mag man schliessen, dass das Vordringen der Parteilosen heute zunehmend zu Exekutiven mit beruflich relativ schwach vorqualifizierten Mitgliedern führt – während die Parteien bei ihrer Rekrutierung sogar mehr als früher Gewicht darauf legen, Kandidaten mit finanziellen und/oder juristischen Vorkenntnissen zu portieren.

Tabelle 7.9: Prozentsatz von Exekutivmitglieder mit verschiedenen beruflichen Vorqualifikationen: nach Parteibindung und Alter

Vorqualifikationen	Alter									
	-34		35-44		45-54		55-64		65+	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
finanziell	38	26*	35	28**	32	26**	32	28*	34	29
juristisch	28	15**	21	15**	18	15*	20	19	20	17
technisch	28	36	34	41**	32	39**	31	44**	40	44
organisatorisch	71	58*	74	72	76	73	79	76	79	74
führungsmässig	42	37	56	46**	61	45**	65	53**	58	54
N =	211	127	1003	734	1979	1013	1393	594	291	133

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

In einer etwas differenzierteren Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern die Gemeinden in der Lage sind, die verschiedenen Ressorts der Exekutive mit entsprechend vorqualifizierten Personen zu besetzen.

Tabelle 7.10: Prozentsatz verschiedener Ressortvorsteher mit amtsentsprechender Vorbildung: nach Parteirichtung

	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
Gemeindepräsidenten mit Führungserfahrung	64	.73**	74**	67	85**	71	72
Finanzvorsteher mit finanzieller Erfahrung	54	.60*	63**	56	62	51	67*
Bauvorsteher mit technischer Erfahrung	62	.54*	55*	57	56	48**	54
Werkvorsteher mit technischer Erfahrung	67	.49**	57	48*	46*	39**	29**
Sicherheitschef mit juristischer Erfahrung	13	.18*	22*	16	13	23*	13
N =	2589	4904	1388	994	800	711	361

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Eine günstige Konstellation wäre sicher dann gegeben, wenn der Präsident über Führungserfahrung, der Finanzchef über Finanzkenntnisse, die Bau- und Werkvorstände über technisches Wissen und (evtl.) der Sicherheitschef über einen juristischen Wissenshintergrund verfügt. Wie Tabelle 7.10 zeigt, verfügen parteiangehörige Präsidenten, Finanz- und

Sicherheitsvorsteher häufiger als Parteilose über das ressortadäquate Profil. Ganz besonders erfolgreich ist beispielsweise die SVP im Bemühen, führungserfahrene Gemeindepräsidenten zu finden – während die Sozialdemokraten naturgemäss Mühe haben, die Finanzressorts mit entsprechenden Qualifikationsträgern zu besetzen.

Genau umgekehrt sind es im Bauwesen und den Gemeindewerken mit hoher Signifikanz die Parteilosen, die häufiger die entsprechenden technischen Fachkenntnisse mitbringen.

In einer dritten Sichtweise soll ermittelt werden, mit welcher Häufigkeit welche Kombinationen beruflicher Qualifikation ins Amt eingebracht werden.

Aus Tabelle 7.11, (in der die organisatorische Qualifikation infolge ihrer hohen Prävalenz unberücksichtigt bleibt) wird ersichtlich, dass bei den Parteigebundenen (mit 23%) eindeutig Personen dominieren, die ausschliesslich Führungserfahrung mitbringen: gefolgt von jenen, die überhaupt keine Qualifikation aufweisen (18%), und denjenigen, die Führungserfahrung entweder mit finanziellen oder technischen Qualifikationen kombinieren (je gut 10%).

Tabelle 7.11: Prozentsätze verschiedener Kombinationen von beruflichen Vorqualifikationen (Prozentwerte) (erste Zahl: Parteigebundene; zweite Zahl: Parteilose). (N = 5010 Parteigeb. bzw. 2654 Parteilose).

		Juristisch: nein		Juristisch: ja	
		Führung: nein	Führung: ja	Führung: nein	Führung: ja
Finanziell: nein	Technisch: nein	13.8 / 18.2	23.3 / 18.2	3.0 / 2.3	4.1 / 2.4
	Technisch: ja	9.9 / 16.9	10.2 / 11.9	1.5 / 2.1	1.2 / 0.9
Finanziell: ja	Technisch: nein	6.3 / 6.6	10.9 / 7.1	2.4 / 2.4	4.2 / 2.5
	Technisch: ja	2.2 / 1.2	3.6 / 3.1	0.6 / 0.9	2.9 / 2.8

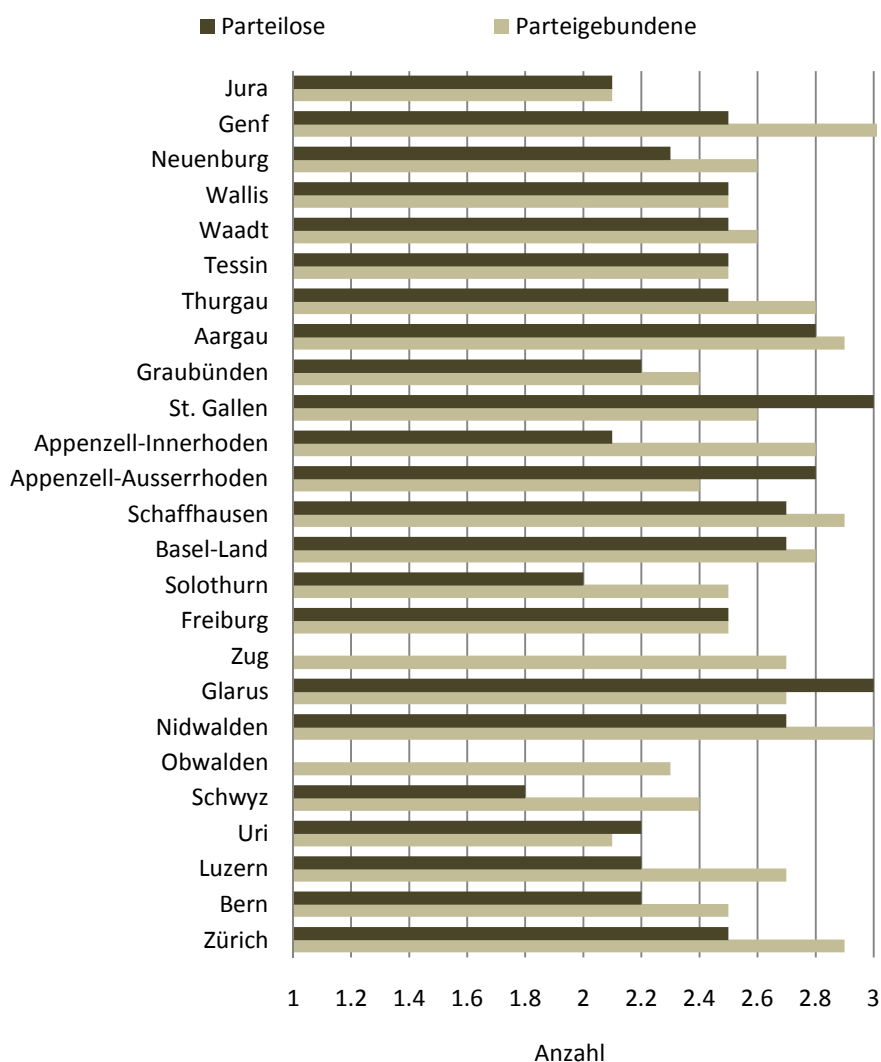
Bei den Parteilosen liegen Führungserfahrene und völlig Qualifikationslose gleich auf (je 18), gefolgt von denjenigen, die ausschliesslich technische Kenntnisse mitbringen (16.9%), bzw. solch technische Fähigkeiten mit Führungserfahrung kombinieren (11.9%). Ungeachtet der Parteizugehörigkeit kommt es am seltensten vor, dass sich technische und juristische Fähigkeiten (wie des im Bauwesen günstig wäre) miteinander verbinden. In den meisten Fällen, wo diese Kombination vorkommt, kommen dann auch führungsbezogene und/oder finanzielle Fähigkeiten hinzu: so dass immerhin fast 3% der Amtsinhaber alle vier Qualifikationen vorweisen können.

Betrachtet man die Gesamtzahl der Qualifikationen als Mass für das Kompetenzniveau, kann man feststellen, dass Parteilose gegenüber den Parteigebundenen nur in wenigen Kantonen (Solothurn, Appenzell-Innerrhoden, Genf) stark zurückliegen und sie in manchen Kantonen der Ostschweiz (Glarus, Appenzell-Ausserrhoden und St. Gallen) gar deutlich übertreffen (Figur 7.13).

Während sich Glarus, Nidwalden und Aargau durch besonders qualifizierte Exekutiven auszeichnet, profiliert sich der Kanton Jura (gefolgt von Uri) durch ein besonders bescheidenes Niveau (Figur 7.13). Im Falle des Jura liegt der Hauptgrund eindeutig im sehr geringen Anteil führungserfahrener Ratsmitglieder (unter 20%): im diametralen Kontrast zu Glarus, wo (ungeachtet der Parteibindung) fast vier von fünf Mandatsträger derartige Fähigkeiten ins Amt einbringen. Generell liegen die Westschweizer Kantone und der Tessin gegenüber den Kantonen der Nordwest-, Zentral- und Ostschweiz relativ deutlich zurück. Dies mag mit der

relativ zentralistischen administrativen Einbindung (und entsprechend geringeren politischen Autonomie) der Gemeinden in diesen Kantonen zusammenhängen, durch die sich der Bedarf nach gemeindeinternen Führungsleistungen reduziert.

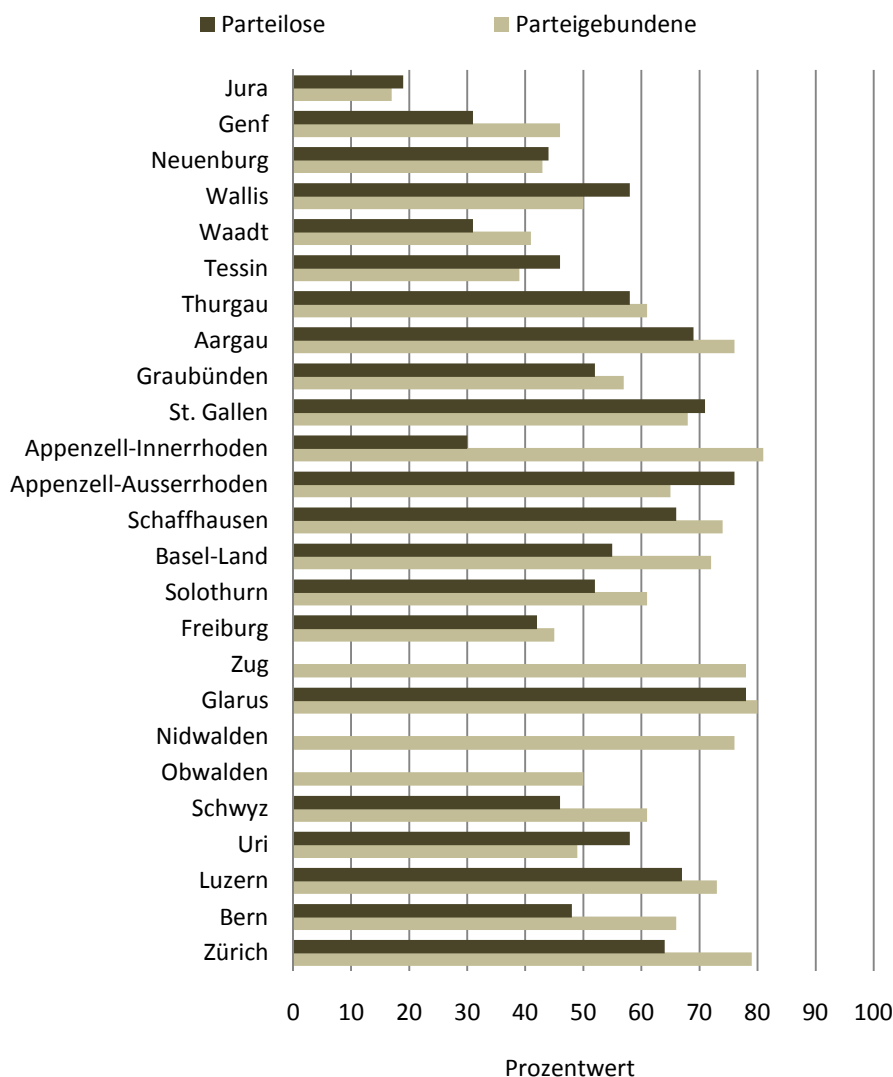
Figur 7.13: Durchschnittliche Zahl der vom Beruf mitgebrachten Vorqualifikationen: nach Kantonen



Erheblich grössere interkantonale und interregionale Divergenzen werden sichtbar, wenn man die Verbreitung von Führungserfahrungen unter den kommunalen Exekutivmitgliedern vergleicht. Während derartige Fähigkeiten im Kanton Jura fast inexistent sind und auch in den übrigen Westschweizer Kantonen eher selten vorkommen, sind sie vor allem in kleinen Deutschschweizer Kantonen (Glarus, Nidwalden, Zug und Appenzell-Innerhoden) maximal verbreitet, wo – wie allerdings auch in Zürich und Aargau - weit über 70% der Parteivertreter dank ihrer beruflichen Vorgesetztenposition derartige Fähigkeiten und Erfahrungen ins Amt einbringen (Figur 7.14). In einer nur knappen Überzahl von 15 Kantonen sind es die Parteilosen,

die seltener derartige Vorqualifikationen besitzen, und in drei von ihnen (Thurgau, Graubünden und Freiburg) sind die Unterschiede überdies sehr klein.

Figur 7.14: Prozentanteil von Exekutivmitgliedern mit Führungserfahrung: nach Kantonen



7.3 Politische Rollen vor Amtsantritt

Bei der Wahl ihrer Exekutivmitglieder steht den Gemeinden zumindest potentiell ein Feld von Kandidaten zur Verfügung, die bisher in subalternen Position (z. B. als Mitglieder von beratenden Spezialbehörden oder des kommunalen Parlaments) Gelegenheit hatten, ihre Eignung und Neigung zu politischen Ämtern auszutesten und die für die Wahl ins oberste kommunale Führungsgremium nötige Qualifikation und Reputation zu erwerben. Vor allem in grösseren

Gemeinden dürfte verstärkt auf Personen mit langjährigen derartigen Vorerfahrungen zurückgegriffen werden, weil vielfältigere und komplexere Kenntnisse über politisch-administrative Verhältnisse nötig sind, und weil ein grösserer Milizapparat für die Rekrutierung verfügbar ist. Und die politischen Parteien werden vermutlich Kandidaten vorziehen, die als besonders verlässlich erscheinen, weil sie ihre Gesinnungstreue und Handlungseffektivität bereits in bisherigen Amtsrollen bewiesen haben.

Andererseits finden solch interne Rekrutierungsstrategien ihre Grenzen darin, dass manch geeignete Kandidaten erst kürzlich zugezogen sind, sich erst in ihrer zweiten Lebenshälfte zu einem (zeitlich begrenzten) kommunale Engagement entschliessen, oder über eine wertvolle berufliche Qualifikation verfügen, die allfällige Vorerfahrungen in anderen kommunalen Ämtern bei weitem kompensiert. Vor allem aber hat die Erosion der Parteianhängerschaften zur Folge, dass *faute de mieux* selbst für die Besetzung kommunaler Spitzenämter auf ad hoc-Kandidaten zurückgegriffen werden muss, die ihr Amt nicht als Teil einer umfassenderen Karriereplanung sehen – und deshalb sich auch nie einer politischen Partei angeschlossen haben.

So erstaunt es nicht, dass unter den Parteivertretern 60%, bei den Parteilosen hingegen nur 44% vor Amtsantritt in anderen kommunalen Rollen aktiv waren (Tab. 7.12). Am stärksten kontrastieren die Parteiungebundenen damit mit den Vertretern der Sozialdemokratie, von denen fast 70% solche vorgängige Ämter eingenommen (und 24% gar während mehr als 12 Jahren (!) ausgeübt) haben. Sehr viel näher stehen sie dagegen der CVP (sowie den rein lokalen Gruppierungen), wo nur gut die Hälfte aller Mandatsträger einschlägige Vorerfahrungen besitzen.

Tabelle 7.12: Amtsdauer in anderen kommunalen Funktionen vor Antritt des Exekutivmandats: nach Parteirichtung

Anzahl Jahre in öffentlichen Funktionen vor Amtsantritt	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
0	56	40	37	47	41	32	45
1-6	15	20	22	19	17	24	20
7-12	13	19	22	17	19	20	17
13 oder mehr	16	21	19	17	23	24	18
Chi2 (sign.)		158.42 .000	126.71 .000	22.11 .000	53.64 .000	115.03 .000	14.82 .002
N =	2589	4904	1388	994	800	711	361

Generell erstaunt, dass die meisten Personen mit vorgängigen Ämtern ungeachtet ihrer Parteibindung weit über sechs Jahre in solchen Funktionen tätig waren. Die durchschnittliche Amtsdauer liegt bei den Parteilosen (11.7 Jahren) gar besonders hoch und wird nur noch von den Vertretern der SVP (12.1 Jahren) leicht übertroffen.

In Tab. 7.13 zeigt sich, dass es in Gemeinden aller Grössenkategorien bevorzugt die Parteilosen sind, die keinerlei vorgängige kommunalpolitische Ämter aufzuweisen haben. Allerdings sinkt der Zusammenhang oberhalb von 2000 Einwohnern unter die statistische Signifikanz. Die Hypothese, dass der Anteil vorerfahrener Exekutivmitglieder mit wachsender Gemeindegrösse zunehme, wird für Parteigebundene und Parteilosen in ungefähr gleichem Ausmass bestätigt -

mit Ausnahme der Gemeinden über 5000 Einwohnern, wo überraschend viele Parteilose keine Vorämter vermelden.⁶ Die meisten „Quereinsteiger“ finden sich wie erwartet bei den Parteilosen der kleinsten Gemeinden, die zu fast 60% nie ein anderes Amt innehatten.

Tabelle 7.13: Amtsdauer in anderen kommunalen Funktionen vor Antritt des Exekutivmandats: nach Gemeindegrösse

Anzahl Jahre in öffentlichen Funktionen vor Amtsantritt	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
0	48	59	42	53	44	53	41	49	35	62
1-6	18	14	19	14	20	20	21	17	23	6
7-12	13	11	18	16	17	12	18	17	23	12
13 oder mehr	21	15	21	17	19	14	20	17	19	20
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46
Chi2 Sign.	15.45 .001		15.25 .001		14.16 .003		4.83 .096		15.00 .001	

Erwartungsgemäss sind es vor allem die Frauen, die das Exekutivamt besonders ohne vorgängige politische Karriereschritte übernehmen (Tab. 7.14), sowie natürlich die Amtsträger, die ihr Mandat besonders früh in ihrer Lebensbiographie übernommen haben (Tab. 7.15). So waren in der jüngsten Alterskohorte (unter 35) nur 12% der Frauen (im Vergleich immerhin 28% der Männer) in einem formellen Gemeindeamt aktiv.

Tabelle 7.14: Prozentanteil der Exekutivmitglieder, die vor Amtsantritt keine kommunalen Ämter eingenommen haben: Geschlecht und Gemeindegrösse.

Prozentanteil ohne vorherige öffentliche Funktionen:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Frauen	57	69*	52	57	50	64*	44	46	39	75*
Männer	47	56**	40	51**	42	49*	41	50*	34	58*
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

⁶ Dieses Ergebnis darf aber nicht sehr verlässlich betrachtet werden, da es nur auf einer geringen Fallzahl (N=32) beruht.

Tabelle 7.15: Prozentanteil der Exekutivmitglieder, die vor Amtsantritt keine kommunalen Ämter eingenommen haben: nach Geschlecht und Alter beim Amtsantritt.

Prozentanteil ohne vorherige öffentliche Funktionen:	Alter beim Amtsantritt:									
	-35		36-40		41-45		46-50		über 50	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Frauen	65	88**	53	70**	47	63**	33	49**	27	48**
Männer	58	72**	45	54**	39	53**	30	46**	25	38**

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

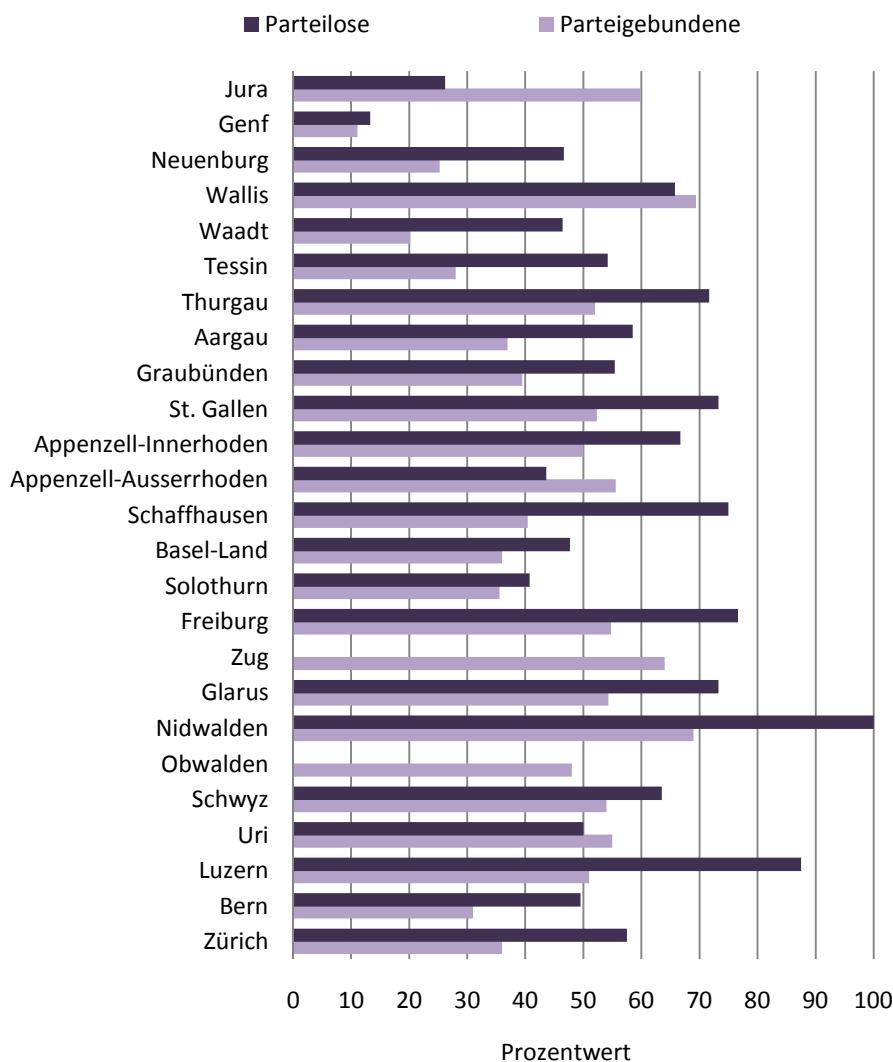
Eine Aufgliederung nach aktuellem Lebensalter gibt indirekt Aufschluss darüber, inwiefern sich die Rekrutierungsbedingungen in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Die Ergebnisse (Tab. 7.16) legen den Schluss nahe, dass der Rückgriff auf unerfahrene Kandidatinnen und Kandidaten – bei Parteigebundenen wie bei Parteilosen - in jüngerer Zeit sehr stark zugenommen hat. Die verstärkte Einbeziehung Parteiloser – die ja bekanntlich seltener über Vorerfahrungen verfügen – hat den generellen Trend, dass Gemeinderäte immer häufiger politische Neulinge sind, natürlich zusätzlich verstärkt.

Tabelle 7.16: Prozentanteil der Exekutivmitglieder, die vor Amtsantritt keine kommunalen Ämter eingenommen haben: nach Geschlecht und aktuellem Lebensalter

Prozentanteil ohne vorherige öffentliche Funktionen:	Alter									
	-34		35-44		45-54		55-64		65+	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Frauen	68	97**	53	73**	44	56**	32	46**	19	83**
Männer	54	82**	56	63**	37	52**	29	42**	31	28

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Figur 7.15: Prozentsatz der Exekutivmitglieder ohne öffentliche Funktionen vor Amtsantritt: nach Kantonen



Schliesslich zeigt sich in der Aufgliederung nach Kantonen, dass die geringere kommunalpolitische Vorerfahrung der Parteilosen ein in allen Regionen der Schweiz verbreitetes Phänomen darstellt: mit Ausnahme der Kantone Uri, Appenzell-Ausserrhoden, Wallis und Jura, wo tendenziell umgekehrte Verhältnisse bestehen (Figur 7.15). Auffällig ist, wie häufig in den Kantonen der Zentral- und Ostschweiz auch bei den Parteivertretern politische Neulinge zum Zuge kommen, während in Kantonen wie Tessin, Waadt, Neuenburg und Genf wahrscheinlich die kommunalen Parlamente dafür sorgen, dass regelmässiger ein Pool vorerfahrener Kandidaten zur Verfügung steht.

7.4 Initiierung der Kandidaturen

Auf überlokalen Politikebenen bestimmen in der Schweiz praktisch durchwegs die politischen Parteien, wer für ein politisches Exekutivamt nominiert werden soll. In den meisten Fällen steht die Nomination an Endpunkt eines langfristigen Interaktions- und Kommunikationsprozesses: mit Kandidaten, die durch ihre parteiinternen Aktivitäten und die Ausübung subordinierter Ämter schon lange signalisiert haben, dass sie für ein Mandat in der Exekutive verfügbar wären. In andern Fällen kann es allerdings sein, dass sich Kandidaten, mit denen die Partei nicht rechnet oder die sie sich vielleicht nicht wünscht, auf eigene Initiative ins Spiel bringen, oder dass umgekehrt die Partei an ein Mitglied herantritt, das sich nicht aktiv bewirbt oder vielleicht nur unter Zureden bereit ist, „im Dienste der Partei“ oder im Interesse der Gemeinde ein derart arbeitsintensives Mandat zu übernehmen. Nur in seltenen Fällen mag es sein, dass anstelle der Partei irgendwelche externe Instanzen ein Parteimitglied zur Nomination bewegen: zum Beispiel Vereine und Verbände, die – wie z. B. Gewerkschaften – interessiert sind, ihre Führer in politische Regierungsämter zu hieven, oder dass einflussreiche einzelne Persönlichkeiten (z. B. bestehende Amtsträger) auf die Nominationsliste Einfluss nehmen.

Auf der lokalen Ebene liegen die Verhältnisse in zweierlei Hinsicht anders.

Erstens ist es selbst im Falle von parteigebundenen Exekutivmitgliedern nicht gesichert, dass die entsprechende politische Partei den Nominationsprozess hinreichend kontrolliert: weil sie – vor allem in kleinen Gemeinden – oft gar nicht als formelle Sektion existiert, oder weil sie personell und organisatorisch zu schwach ist, um aus ihrem Kreise genügend Kandidaten (mit hinreichenden Wahlchancen) zu generieren. Häufiger als auf Kantons- oder Bundesebene mögen sie sich daher in der Not genötigt sehen, entweder die „spontane“ Kandidatur einer Person, die eigentlich unerwünscht ist, zu akzeptieren, oder umgekehrt ein zögerndes marginales Parteimitglied (bzw. gar eine aussenstehende Persönlichkeit) zur Kandidatur zu überreden. Ebenso wenig mögen sie oft verhindern können, dass parteiexterne Instanzen stärker als parteiinterne Prozesse den Nominationsprozess kontrollieren.

Und *zweitens* muss natürlich bei der zunehmenden Zahl parteiloser Kandidaten mit völlig anderen Einflussverhältnissen gerechnet werden. Einerseits kommt es vor, dass Parteilose *de facto* von einer bestimmten politischen Partei ins Spiel gebracht und bis zur Wahl gefördert werden – und eventuell auch ohne Mitgliedschaft eine Politik realisieren, die der Linie dieser Partei durchaus entspricht.⁷ Andererseits aber vollzieht sich die Nomination Parteiloser mangels Parteienkontrolle aber meist in einem Machtvakuum, das einerseits manchem Bewerber die willkommene Möglichkeit gibt, sich auf eigene Initiative in den politischen Prozess einzubringen, und das andererseits vielerlei andere Instanzen (z. B. örtliche Vereinigungen oder bereits amtierende Behördemitglieder) einlädt, auf die Besetzung des Exekutivgremiums in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen.

Um den Vorgang der Nomination empirisch zu bestimmen, wurden die Befragten unter Vorgabe einer Liste von Varianten aufgefordert, die Art und Weise, wie sie zu ihrer Kandidatur gelangt

⁷ In einer Zeit, wo immer mehr Bürger(innen) eine formale Einbindung in eine Partei als einengend empfinden, scheinen selbst die grösseren Parteien immer häufiger genötigt, Nichtmitglieder, die ihnen wenigstens informell nahestehen, zu portieren: „Die Gemeindevahlen von 1990 und 1994 haben gezeigt, dass sich die ideologische Herkunft der Kandidatinnen und Kandidaten selbst in den grossen, etablierten Parteien deutlich wandelt. Immer mehr von jenen, die SVP, FDP, SP und andere ins Rennen schicken, sind Parteilose. "Tendenz steigend", stellen die Parteisekretariate fest.“ (Steiner 1996).

sind, anzugeben. Logischerweise waren dabei Mehrfachnennungen erlaubt, weil beispielweise häufig vorkommt, dass Anfragen von verschiedener Seite miteinander kumulieren.

Aus den Ergebnissen (Tab. 7.17) geht hervor, dass die *parteigebundenen* Mandatsträger ihr Amt in den weitaus meisten Fällen ihrer eigenen Partei verdanken. An zweiter Stelle stehen keineswegs Anfragen anderer kollektiver Akteure, sondern Ersuchen einzelner kommunaler Persönlichkeiten, die aber nicht selber in der Exekutive sitzen. Hier mag sich die informelle politische Kultur der – meist kleinen – Gemeinden widerspiegeln, in denen viel Einfluss von reputable Einzelpersonen ausgeht, während nichtparteiliche Vereinigungen entweder gar nicht bestehen oder über zuwenig Neigung und Fähigkeiten zu personalpolitischen Interventionen verfügen. Auch Kandidaturen auf eigene Initiative sind relativ selten: vor allem bei den Frauen, von denen nur jede zehnte angibt, sich in eigener Regie ins politische Spiel gebracht zu haben. Im übrigen sind alle geschlechtsspezifischen Differenzen derart unbedeutend, dass sie die statistische Signifikanzschwelle nicht überschreiten.

Tabelle 7.17: Prozentsatz von Exekutivmitgliedern, die auf verschiedenen Wegen zu ihrer Kandidatur gelangt sind: nach Parteibindung und Geschlecht.

Initiatoren der Kandidatur:	Parteigebundene		Parteilose	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
auf eigene Initiative	11	18	15	22
gemeinsam mit eigener Partei	29	34	0	0
Anfrage der eigenen Partei	52	50	0	0
Anfrage nahestehender Partei	13	11	5	6
Anfrage einer fremden Partei	4	3	4	3
Anfrage eines Wahlforums	3	3	5	6
Anfrage eines Vereines oder Verbands	3	3	5	5
Anfrage von Exekutivmitgliedern	20	20	56	53
Anfrage anderer lokaler Persönlichkeiten	29	33	50	52
Total	154	175	145	147
N =	1059	663	3193	1498

Wie kommen nun aber Parteilose zu ihrem Amt? Die Vermutung liegt nahe, dass sie ebenfalls von den lokalen Parteien portiert werden: als zweitbeste Kandidaten, die ihnen weltanschaulich nahestehen, sich aber leider nicht formell als Mitglieder einbinden lassen. Die Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen aber, dass dies nur in ca. 15% (in der Westschweiz gar nur 5%) aller Fälle geschieht, und dass selbst in grösseren Gemeinden über 40% (in der Romandie gar 80%!) von ihnen in der Wahlkampagne keinerlei Unterstützung seitens lokaler Parteien erfahren haben.

Die geringe politische Präsenz nichtparteilicher Vereinigungen ist wohl auch der Grund, warum diese im Falle parteiloser Kandidaten weit davon entfernt sind, den fehlenden Parteieinfluss zu

ersetzen. Vielmehr scheinen solch externe Gruppen an Parteilose nicht häufiger als an Parteigebundene heranzutreten. Ebenso wird die Vermutung nicht bestätigt, dass sich Parteilose sehr viel häufiger auf eigene Initiative bewerben würden, denn der Prozentanteil solcher „Einzelmasken“ steigt bei Parteilosen beider Geschlechter nur geringfügig an.

Dramatisch hoch ist bei Parteilosen indessen der Anteil der Kandidaten, die auf Anfrage einzelner amtierender Gemeindepolitiker (oder anderer wichtiger Persönlichkeiten) zur Kandidatur ermutigt (bzw. aufgefordert) worden sind. Bei Frauen wie bei Männern vermehren insgesamt nur 44%, ihre Nomination ohne derart persönliche Interventionen erreicht zu haben (Tab. 7.17).

Hier zeigt sich möglicherweise die bekannte Gesetzmässigkeit, dass sich der Ausleseprozess als Folge des Rückzugs der Parteien in undurchsichtige informelle Netzwerke verschiebt – und sich dadurch der demokratischen Kontrolle entzieht. Besonders problematisch ist, wenn die Exekutivbehörde Einerkandidaturen aufstellt und sich dadurch de facto selber kooptiert. Damit harmonisiert auch das Ergebnis, dass sich Parteilose erheblich seltener als Parteikandidaten in den letzten Wahlen gegen Konkurrenz Kandidaten durchsetzen mussten (vgl. 7.5) - so dass oft auch kein teurer Wahlkampf nötig war, bei dem sie auf Unterstützung durch Parteisektionen oder organisierte lokale Gruppen angewiesen gewesen wären.

Aus Tabelle 7.18 wird ersichtlich, dass die typischen Wege zur Kandidatur bei Parteigebundenen und Parteilosen ganz unterschiedlich mit der Gemeindegrösse kovariieren. Parteivertreter werden in grösseren Gemeinden erwartungsgemäss immer häufiger von ihrer eigenen politischen Gruppierung portiert, während personalisierte Interventionen (sei es von aktuellen Amtsinhabern oder andern einflussreichen Einzelpersonen) an Bedeutung verlieren. Hier widerspiegelt sich die zunehmende formale und faktische Präsenz der Parteisektionen, sowie ihre wachsende Fähigkeit, ähnlich wie auf Kantons- und Bundesebene volle Kontrolle über den Nominationsprozess zu gewinnen (und ihn damit informell-intransparenten Einflüssen zu entziehen).

Tabelle 7.18: Wege zur Kandidatur bei den Exekutivmitgliedern: nach Parteibindung und Einwohnerzahl der Gemeinden.

Initiatoren der Kandidatur:	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Eigene Initiative	19	19	17	19	16	22**	16	26**	16	29*
Eigene Partei	41	-	61	-	68	-	74	-	83	-
Andere Gruppierung	15	9**	17	16	23	31**	20	38**	16	42**
Exekutivmitglieder	41	61**	28	59**	21	44**	15	40**	14	29*
Andere Persönlichkeiten	48	54*	40	49**	31	49**	31	51**	26	50**
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Im Falle der *Parteilosen* nimmt die die „Selbst-Kooptation“ der Exekutive mit zunehmender Einwohnerzahl der Gemeinde zwar ebenfalls drastisch ab, aber persönliche Einflussnahmen, die von anderer Seite stammen, bleiben auf demselben Niveau. Im wachsenden Gewicht „anderer Gruppierungen“ zeigt sich, dass auch Parteilose immer stärker in das Einflussfeld kollektiver Vereinigungen eingebunden werden. Andererseits scheinen ihnen im Vergleich zu den Parteivertretern auch wachsende Spielräume für autonomes Entscheiden zur Verfügung zu stehen, die in einem zunehmenden Anteil von Kandidaten, die auf „eigene Initiative“ aufs kommunalpolitische Parkett getreten sind, ihren Ausdruck finden. Dieses letztere Ergebnis überrascht insofern, als Wahlkampagnen in grösseren Gemeinden normalerweise aufwändiger – und deshalb meist nur mit der Unterstützung organisierter Gruppen finanzierbar – sind,

Selbstverständlich werden die politischen Nominationsprozesse stark durch die Eigenheiten der kommunalen Parteienlandschaft bestimmt. So sind die Wahlchancen für Kandidaten, die sich auf eigene Initiative bewerben, erwartungsgemäss am höchsten, wenn überhaupt keine Parteisektionen bestehen – überraschenderweise aber weitaus am niedrigsten, wenn nur eine oder zwei Gruppierungen das politische Feld beherrschen (Tab 7.19). Mit wachsender Gemeindegrösse steigt vor allem bei den Parteilosen der Anteil derjenigen, die sich – mit Erfolg - auf eigene Entscheidung hin ins Spiel gebracht haben. Dies widerspricht der Hypothese, dass auch Parteilose in grösseren Kommunen zunehmend auf fremde Unterstützung angewiesen seien, um sich bekannt zu machen und den relativ aufwändigen Wahlkampf zu bestreiten. Allerdings findet häufig gar kein Wahlkampf statt, da Parteilose als (dank ihrer uneigennütigen „Aufopferungswilligkeit“ oft hoch geschätzte) Lückenbüsser für fehlende Parteikandidaten fungieren.

Tabelle 7.19: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die sich „auf eigene Initiative“ für die Wahl beworben haben: nach Gemeindegrösse und Zahl der lokalen Parteien.

Zahl der lokalen Parteien:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
0	19	20	23	24	25	33	24	41	29	--
1-2	16	10	10	9	10	13	6	18	25	--
3 oder mehr	21	16	19	19	15	19	14	18	14	--
Chi2 sign.	.78 .338	6.90 .016	7.88 .000	12.18 .001	13.49 .001	13.06 .001	19.68 .000	10.41 .002	10.03 .003	--
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46

Umgekehrt kommt es mit wachsender Zahl von Lokalparteien immer häufiger vor, dass Parteilose auf Anregung oder Aufforderung einer organisierten Gruppierung (der sie nicht selber angehören) für das Exekutivamt kandidieren. Allerdings bleibt ihr Anteil selbst in grossen Gemeinden mit zahlreichen Parteien deutlich unterhalb von 50% (Tab. 7.20).

Tabelle 7.20: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die von einer fremden Partei, Vereinigung oder Organisation (der sie nicht angehören) für die Wahl vorgeschlagen worden sind: nach Gemeindegrösse und Zahl der lokalen Parteien.

Zahl der lokalen Parteien	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
0	13	7	18	12	19	18	15	24	15	--
1-2	13	10	22	22	26	34	20	44	19	--
3 oder mehr	15	14	14	26	26	41	23	46	17	--
Chi2 sign.	.28	5.92	2.98	13.58	2.50	13.59	4.35	7.50	.36	
	.490	.026	.113	.001	.143	.001	.057	.012	.416	
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46

Spiegelbildlich dazu zeigen Tabellen 7.21 und 7.22, dass der Anteil Parteiloser, die aufgrund informeller persönlicher Interventionen ins Rennen steigen, mit wachsender Parteienzahl zwar abnimmt, aber nach wie vor auf einem überaus hohen Niveau verbleibt. Vor allem in kleineren Gemeinden scheint ein gut ausgebautes Parteiensystem die bestehende exekutive nicht daran zu hindern, durch gezielte Anfrage von Nachfolgemitgliedern eine im demokratiepolitischen Sinne problematische „Selbst-Kooptation“ zu betreiben, und auch in grossen Gemeinden werden die durch die Parteienerosion anwachsenden offenen Rekrutierungsspielräume in erster Linie nicht durch Machtentfaltungen anderer formeller Gruppierungen, sondern durch informell-personalistische Einflussbeziehungen gefüllt.

Tabelle 7.21: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die von bisher amtierenden Mitgliedern der Exekutive zur Kandidatur aufgefordert worden sind: nach Gemeindegrösse und Zahl der lokalen Parteien.

Zahl der lokalen Parteien	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
0	56	61	36	55	28	48	11	47	18	-
1-2	44	63	34	60	24	44	17	44	11	--
3 oder mehr	26	63	20	51	18	40	16	34	14	--
Chi2	20.79	.10	12.55	2.07	7.69	1.48	3.73	2.61	.82	
	.000	.91	.002	.177	.005	.288	.089	.172	.332	
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46

Tabelle 7.22: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die von anderen einflussreichen Persönlichkeiten der Gemeinde zur Kandidatur aufgefordert worden sind: nach Gemeindegrösse und Zahl der lokalen Parteien.

Zahl der lokalen Parteien	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
0	55	56	58	52	33	45	28	61	32	--
1-2	44	54	36	46	33	51	30	38	33	--
3 oder mehr	44	57	37	52	31	46	31	48	24	--
Chi2 sign.	3.21	.217	16.18	1.27	.47	.91	.32	3.57	3.16	
	.101	.943	.000	.270	.685	.367	.643	.086	.104	
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46

Insgesamt zeigt sich also, dass viele Parteilose ihren politischen Aufstieg nicht nur in formeller Unabhängigkeit von politischen Parteien, sondern auch de facto in einem sehr informellen, von organisierten Gruppen unabhängigen politischen Einflussfeld vollziehen. Die Vorstellung, dass Parteien mangels eigener Kandidaten ihnen gesinnungsmässig zumindest „nahestehende“ Nichtmitglieder zur Kandidatur bewegen würden, muss als weitgehend verfehlt zurückgewiesen werden: indem selbst in grossen Gemeinden weniger als zehn Prozent aller Parteilosen vermelden, dass ihre Kandidatur auf die Anfrage einer politischen Partei zurückzuführen sei.

7.5 Konkurrenzsituation bei den Wahlen

Bei Kampfwahlen sind Parteivertreter gegenüber Parteilosen im Vorteil, insofern sie bei der Wahlkampagne auf die materielle Unterstützung ihrer Parteiorganisation zählen können. Da derartige Aufwendungen mit wachsender Gemeindegrösse sehr stark ansteigen, wird es verständlich, dass der Rekrutierungsprozess in den Städten fast ausschliesslich in traditionellen Parteihänden bleibt. Je grösser die Gemeinde, desto eher ist damit zu rechnen, dass nur wohlhabendere Personen erfolgreich als Parteilose kandidieren können, bzw. Personen, die sich aufgrund ihrer langen Ansässigkeit oder ihrer vorgängigen Aktivität auf anderen lokalen Feldern auf ein weitgespanntes Unterstützungsnetzwerk abstützen können.

„...nonpartisan elections emphasize the political clout of wealth. Candidates running without the advantage of being able to attract votes on the basis of party identification will have to raise and spend much more money to achieve desired levels of name recognition. This not only will increase the power of campaign contributors, it will encourage some bizarre practices by short-lived committees and organizations that may well escape regulation. Temporary, fly-by-night, committees will raise and spend funds in allegedly independent campaigns. Candidates, unable to rely on parties' traditional fund-raising structures, will have to devote much more time to fund-raising than is currently the case-and we know that candidates already spend way too much time raising money.“ (Sherrill 1998).

So ist anzunehmen, dass Parteilose generell seltener eine Konkurrenzwahl zu bestehen hatten, weil sie häufiger kandidieren, wenn sie mangels Gegenkandidaten gar keinen Wahlkampf zu führen brauchen, (bzw. wenn sie als „Verlegenheitskandidaten“ die Funktion haben, fehlende Parteibewerber zu ersetzen). Wie aus Tabelle 7.23 ersichtlich wird, ist dies in Gemeinden aller Grössenkategorien in beträchtlichem Ausmass der Fall. Parteilose, die in Kleingemeinden (unter 1000 Einwohnern) für ein gewöhnliches Ressortamt kandidieren, haben in den meisten Fällen keine Konkurrenzwahl zu bestehen, Anders ist es bei Kandidaten für das Präsidentenamt, wo selbst in Kleingemeinden eine generell höhere Tendenz zu Konkurrenzwahlen besteht. Mit zunehmender Gemeindegrösse nehmen die Differenzen auch auf dem Niveau einfacher Ratsmitglieder etwas ab, weil Kampfwahlen (ungeachtet der Parteizugehörigkeit) in breitem Umfang üblich werden.

Tabelle 7.23: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die eine Konkurrenzwahl bestehen mussten: nach Position in der Exekutive und Einwohnerzahl der Gemeinden.

	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Präs.	Mglied	Präs.	Mglied	Präs.	Mglied	Präs.	Mglied	Präs.	Mglied
Parteigebundene	55	45	64	55	65	66	75	76	79	83
Parteilose	46	31	55	42	60	52	73	66	56	76
Chi2 sign.	2.51 .070	18.59 .000	2.06 .094	17.88 .000	.59 .263	23.46 .000	.077 .457	11.37 .001	2.71 .112	.90 .234
N =	409	1275	328	1165	323	1380	353	1566	126	650

Der positive Einfluss der politischen Parteien auf Kampfwahlen wird auch in Tabelle 7.24 deutlich, wo sich zeigt, dass parteigebundene Mandatsträger häufiger nur mit einem knappen Abstand auf ihren Konkurrenten gewählt worden sind. Dies bedeutet, dass sie einen besonders aufwändigen – weil durch hohe Ungewissheit des Ausgangs gekennzeichneten – Wahlkampf zu bestehen hatten, während Parteilose öfters in geruhsamere Rennen steigen, wo sie sich nur gegen aussichtslose Randkandidaten durchsetzen müssen.

Die Hinwendung zu kampflosen Einerkandidaturen scheint sich in den zwanzig Jahren erheblich beschleunigt zu haben, da sie am häufigsten von jenen Mandatsträgern vermeldet wird, die ihr Amt erst kürzlich angetreten haben (Tab 7.25). Obwohl sich derselbe Trend auch auf Parteigebundene bezieht, hat sich ihr Abstand zu den Parteilosen (die inzwischen zu fast 60% ihr Amt ohne Konkurrenz kandidaten errungen haben) im Vergleich zu den 1990er Jahren dramatisch verstärkt. Überdies scheinen die „Kampfkandidaturen“, denen sich Parteilose stellen, selber harmloser geworden zu sein, da nur noch wenige Prozent von ihnen ein „knappes Wahlergebnis“ vermelden.

Tabelle 7.24: Gab es Konkurrenz Kandidaten bei der ersten Wahl ins Amt? Nach Gemeinde-grösse und Parteibindung. (Prozentwerte)

	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Konkurrenzwahl: knappes Ergebnis	13	7	15	8	15	8	18	8	19	11
Konkurrenzwahl: deutlicher Abstand	36	28	42	36	51	46	58	59	63	60
Keine Konkurrenz	51	65	43	56	34	47	24	33	18	29
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46
Chi2 (sign.)	29.28 (.000)		29.40 (.000)		30.47 (.000)		21.48 (.000)		3.884 (.143)	

Tabelle 7.25: Gab es Konkurrenz Kandidaten bei der ersten Wahl ins Amt? Nach Jahr des Amtsantritts und Parteibindung. (Prozentwerte).

	Jahr des Amtsantritts:									
	2006-2009		2002-2005		1998-2001		1994-1997		vor 1994	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Konkurrenzwahl: knappes Ergebnis	18	7	16	6	18	12	17	10	15	17
Konkurrenzwahl: deutlicher Abstand	49	35	56	36	59	38	58	50	62	45
Keine Konkurrenz	32	58	29	58	23	50	24	40	23	29
N =	2169	808	1357	660	699	307	305	132	362	109
Chi2 (sign.)	257.30 (.000)		164.9 (.000)		76.54 (.000)		12.61 (.002)		11.47 (.003)	

Die überaus naheliegende Vermutung, dass ein gut ausgebautes kommunales Parteiensystem für mehr Konkurrenzwahlen sorgen würde, wird – mit wenigen Ausnahmen -in keiner Weise bestätigt. Am ehesten sehen sich Parteigebundene in Gemeinden zwischen 1000 und 2000 Einwohnern und Parteilose in Kommunen über 2000 Einwohnern bei zahlreichen lokalen Gruppierungen etwas häufiger mit Gegenkandidaten konfrontiert (Tab 7.26). In Gemeinden aller Grössen sind Konkurrenzwahlen offenkundig am seltensten, wenn nur eine oder zwei Partei das Feld beherrschen. Möglicherweise tendieren diese dazu, durch Kartellbildung die Wahlkonkurrenz zu reduzieren. Der Grund für die mit der Gemeindegrösse anwachsende Wahlkonkurrenz liegt offensichtlich nicht darin, dass die Zahl der Parteisektionen steigt. Vielmehr mag sie damit zusammenhängen, dass mehr Kandidaten zur Verfügung stehen, oder

dass Parteisektionen erst oberhalb gewisser Schwellen der Grösse, Finanzkraft und organisatorischen Differenzierung „wahlkampffähig“ werden.

Tabelle 7.26: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die eine Konkurrenzwahl bestehen mussten: nach Gemeindegrösse und Zahl lokaler Parteien.

Zahl lokaler Parteien	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
0	47	37	70	49	62	55	80	51	88	--
1-2	41	24	49	34	58	44	68	63	79	--
3+	51	35	57	43	70	56	77	70	82	--
Chi2 sign.	1-.75 .418	7.42 .024	10.16 .006	7.41 .025	10.48 .005	4.42 .100	6.72 .035	5.66 .059	1.28 .526	--
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	

Unabhängig von Gemeindegrösse und Parteiensystem hängt die Häufigkeit von Konkurrenzahlen erstaunlich eng mit dem Bildungsniveau der Bevölkerung zusammen. Vor allem *parteilose* Bewerber müssen erheblich seltener gegen Kampfkandidaten antreten, wenn ein nur ein geringer Prozentanteil der Einwohner über ein tertiäres Bildungszeugnis verfügt (Tab. 7.27). Als Erklärung wäre denkbar, dass in nur in Gemeinden mit breiteren hohen Bildungsschichten ein grösseres Feld geeigneter und motivierter Amtsbewerber zur Verfügung steht, oder dass gut gebildete Stimmbevölkerungen grösseres Gewicht auf „echte“ Entscheidungswahlen legen.

Tabelle 7.27: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die eine Konkurrenzwahl bestehen mussten: nach Gemeindegrösse und Bildungsgrad der Bevölkerung.

Prozentsatz der Bevölkerung mit Universitätsbildung:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-2	52	31	54	39	64	45	78	63	77	67
2-4	48	33	55	44	67	58	73	62	87	74
4-6	53	37	65	45	65	55	76	76	76	56
6+	45	42	62	52	68	54	84	74	81	83
Chi2 sign.	.98 .401	6.28 .049	5.38 .078	3.08 .188	1.35 .368	4.04 .126	7.12 .034	3.92 .140	9.23 .013	1.54 .336
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	138

Aus Figur 7.16 wird ersichtlich, dass die Neigung, in Gemeinden Konkurrenzahlen durchzuführen, zwischen den Kantonen ausserordentlich stark – und in einer soziologisch schwer interpretierbaren Weise - variiert. An der Spitze steht der Kanton Zug, wo keine Parteilosen zu finden sind, weil untypischerweise das Proporzwahlrecht angewendet wird, das dazu führt (ja eigentlich gar zur Voraussetzung hat), dass Bewerber nur via Parteilisten konkurrieren. Am Gegenpol findet man Uri und Neuenburg, wo bei Parteigegebenen und Parteilosen in ähnlich hohem Umfang Einmannkandidaturen dominieren. In ausnahmslos allen Kantonen gilt die Regel, dass Parteilose seltener kompetitive Wahlen zu bestehen haben. Die Differenzen zu den Parteigegebenen sind in westlich gelegenen Kantonen (Jura, Bern, Freiburg, Solothurn) sowie im Tessin tendenziell grösser als in der östlichen Landeshälfte, wo teilweise – wie z. B. in Glarus, St. Gallen und Thurgau - kaum signifikante Unterschiede erkennbar sind.

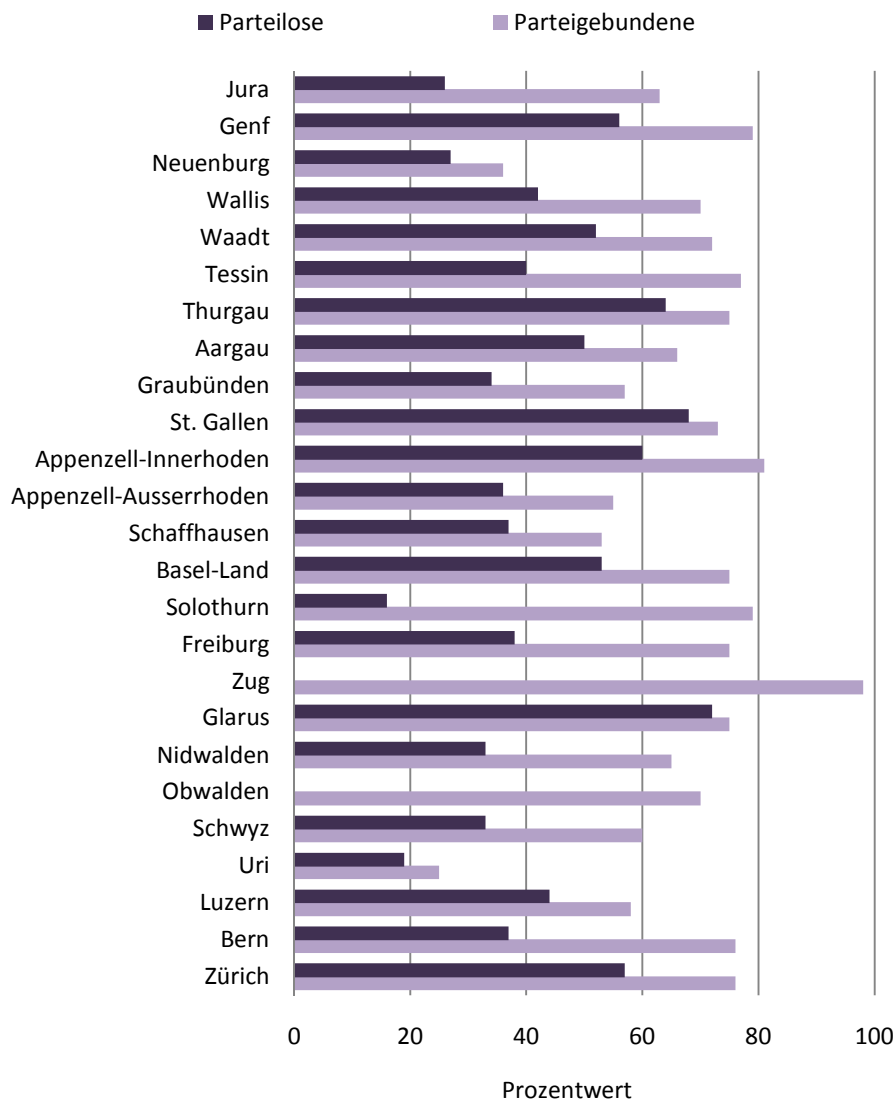
7.6 Unterstützungen im Wahlkampf

7.6.1 Einleitung

Eine hauptsächliche Funktion politischer Parteien besteht bekanntlich darin, Bewerber für politische Ämter in der Wahlkampagne auf vielfache Weise zu unterstützen. Vor allem in grösseren Gemeinden mögen die Kandidaten kaum auf diese Hilfestellung verzichten, weil einerseits ein relativ grosser Aufwand nötig ist, um in der kommunalen Öffentlichkeit hinreichende Bekanntheit und Reputation zu gewinnen und es häufig gilt, sich gegen konkurrierende Bewerber durchzusetzen, und weil andererseits auch eine politische Gruppierung zur Verfügung steht, die finanziell, organisatorisch und personell in der Lage ist, zuverlässige Hilfestellung zu gewähren. In sehr kleinen Gemeinden mag hingegen die informelle Unterstützung durch Familie, Bekannte oder lokale Wirtschaftsbetriebe ausreichen, um eine hinlängliche Stimmzahl zu gewinnen – ein wichtiger Grund, warum oft kein Anlass gesehen wird, sich einer Partei anzuschliessen und ihren ideologisch-programmatischen Vorgaben zu unterziehen.

Generell stellt sich die Frage, inwiefern es den Parteilosen gelingt, den fehlenden Support durch eine Mutterpartei durch Mobilisierung anderer Unterstützungsquellen zu kompensieren. Theoretisch wäre natürlich denkbar, dass auch Parteilose *de facto* von politischen Parteien lanciert und unterstützt werden, denen sie gesinnungsmässig besonders nahestehen. Aus rein pragmatischer Sicht wäre das die zweitbeste Alternative für Parteien, die in den Reihen ihrer formellen Mitglieder und Aktivisten (momentan) keine amtswilligen Kandidaten finden. Ebenso denkbar wäre andererseits aber, dass manche informellen oder formellen Gruppen nichtpolitischer Art das Parteienvakuum ausnutzen, um „ihren“ Kandidaten zu portieren – mit der problematischen Folge, dass dieser dann während der Amtsführung – vor allem wenn er eine Wiederwahl anstrebt – von diesen Instanzen vielleicht ungebührlich stark abhängig bleibt. Beispielsweise könnten längst für moribund gehaltene eingesessene „Honoratiorengruppen“ wieder einen Teil ihrer verlorenen Macht zurückgewinnen, oder das lokale Gewerbe könnte besonders wirtschaftsfreundliche Kandidaten in die Führungsämter hieven, um die Durchsetzung ihrer Interessen (z. B. in der Steuerpolitik, Baupolitik oder Ortsplanung) zu erleichtern. Generell wäre zu vermuten, dass in kleineren Gemeinden eher informelle Gruppierungen im Vordergrund stehen, während sich der Schwerpunkt mit wachsender Einwohnerzahl auf formalisierte Kollektive (z. B. Vereine oder Verbände) verschiebt.

Figur 7.16: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die in Konkurrenzahlen gewählt worden sind : nach Kantonen



Bereits aus der einfachen Randauszählung von Tabelle 7.28 wird deutlich, dass manche dieser Vermutungen nicht der Realität entsprechen. So wird die Hypothese, dass viele Parteilose *de facto* „informelle Parteikandidaten“ seien, eindeutig falsifiziert, weil nur 8% von ihnen seitens einer politischen Partei „grosse Unterstützung“ (und 80% überhaupt keine Unterstützung) erfahren haben.

Ebenso wenig trifft zu, dass das lokale Gewerbe die Absenz der Parteien häufig zur Portierung eigener wirtschaftsfreundlicher Kandidaten nutzen würde, denn nur 7% der Parteilosen haben von dieser Seite her einen beträchtliche Unterstützung erfahren. Vielmehr scheint die örtliche Wirtschaft nach wie vor Parteien (vor allem die SVP) als Medium kommunalpolitischer

Einflussnahme vorzuziehen: denn immerhin jeder zweite parteigebundene Kandidat hat von ihrer Seite her eine (geringere oder grössere) Hilfestellung erhalten.

Tabelle 7.28: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahlkampagne von verschiedener Seite grosse, geringe oder gar keine Unterstützung erhalten haben.

Quelle der Unterstützung:	Parteigebundene:			Parteilose:		
	Mass der Unterstützung:			Mass der Unterstützung:		
	gross	gering	keine	gross	gering	keine
Lokale Parteien	69	22	10	8	12	80
Parteiunabhängige Gruppen	21	39	40	17	19	64
Das lokale Gewerbe	13	36	51	7	21	72
Lokale Vereine	19	44	37	14	30	56
Einzelne Persönlichkeiten	47	39	14	47	33	20
Familie/Bekanntenkreis	56	32	12	45	33	22
Medien	3	30	67	1	11	88
Gewerkschaften	1	5	94	0	2	98
N =	4874			2382		

Etwas bedeutsamer scheint demgegenüber die Rolle die Vereine (und anderen parteiunabhängigen Gruppen wie z. B. Gemeindeforen), die zusammen in fast jeder dritten Wahlkampagne Parteiloser erheblich intervenieren. Allerdings sind es auch hier die Parteigebundenen, die – kumulativ zum Parteiensupport – auch besonders häufig auf die Zusatzunterstützung anderer (z. B. den Parteien besonders nahestehender) formeller Assoziationen zählen können.

Nur bei der Unterstützung durch Familienmitglieder, Bekannte und weitere Einzelpersonen mögen die Parteilosen mit den Parteivertretern Schritt zu halten – auch wenn wiederum die letzteren etwas häufiger auf ihre Familie zurückgreifen können. Der Kleinheit der meisten Gemeinden ist es wohl zuzuschreiben, dass solch informelle Kreise bei weit über 60% aller Wahlkampagnen wesentlich Einfluss genommen haben.

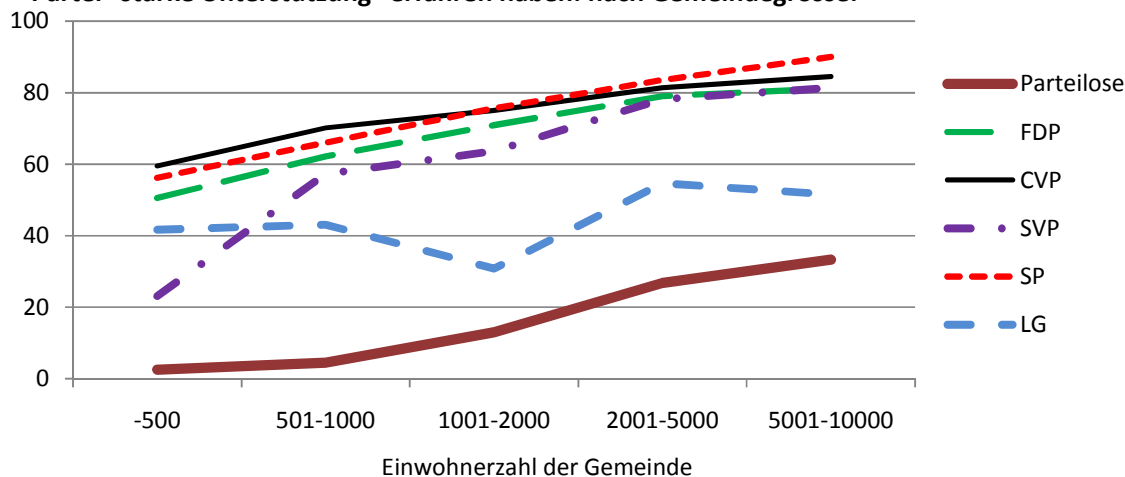
Der Support durch lokale Medien schliesslich ist offensichtlich überaus bescheiden und derjenige durch die Gewerkschaften (die nur in grossen Städten durch formelle Sektionen vertreten sind) praktisch inexistent.

7.6.2 Die Parteien im Vergleich

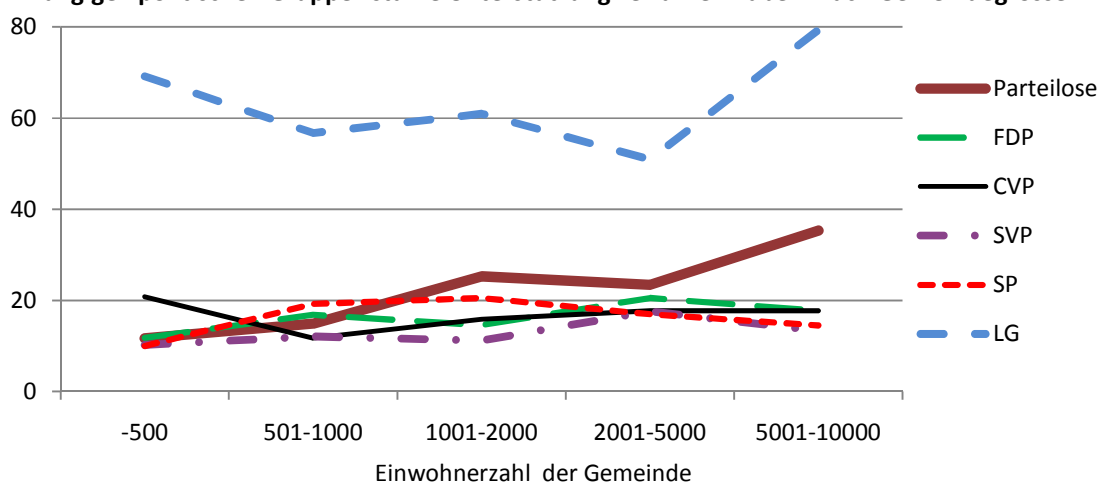
Ein Aufgliederung nach Parteirichtung und Gemeindegrösse zeigt, dass die Unterstützung durch lokale Parteien mit wachsender Einwohnerzahl erwartungsgemäss zunimmt: auch bei den Parteilosen, von denen in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern über 30 Prozent von einer solch politischen Gruppierung Rückenwind erhalten (Figur 7.17). Die vier Bundesratsparteien unterscheiden sich nur wenig voneinander: mit Ausnahme der SVP, die ihren Kandidaten in

Kleinstgemeinden offenbar sehr wenig Hilfestellung bietet. Generell muss man wohl davon ausgehen, dass in den kleineren Gemeinden (wo häufig gar keine, bzw. kaum handlungsfähige Ortssektionen bestehen) die Unterstützung hauptsächlich von überlokalen Bezirks- oder Kantonalparteien geleistet wird. Wer für eine rein lokale Parteigruppierung kandidiert, kann entsprechend weniger häufig auf wirksame Hilfestellung zählen – um so mehr aber auf Unterstützung durch parteiunabhängige Kollektive (z. B. Gemeindeforen Wählervereine oder themenspezifische Gruppierungen), die vor allen in der grössten Gemeindeklasse die meisten Wahlkämpfe stark prägen (Figur 7.18). Auch Parteilose können sich in diesen Gemeinden zu fast 40% auf derartige nichtparteiliche politische Gruppierungen abstützen, die im Gegensatz zu den vier landesweit tätigen Parteien (deren Kandidaten von dieser Seite durchwegs nur in ca. 20% aller Fälle Unterstützung erhalten) mithelfen, die kommunale von der überlokalen Politikebene abzukoppeln.

Figur 7.17: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl von einer politischen Partei "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse.



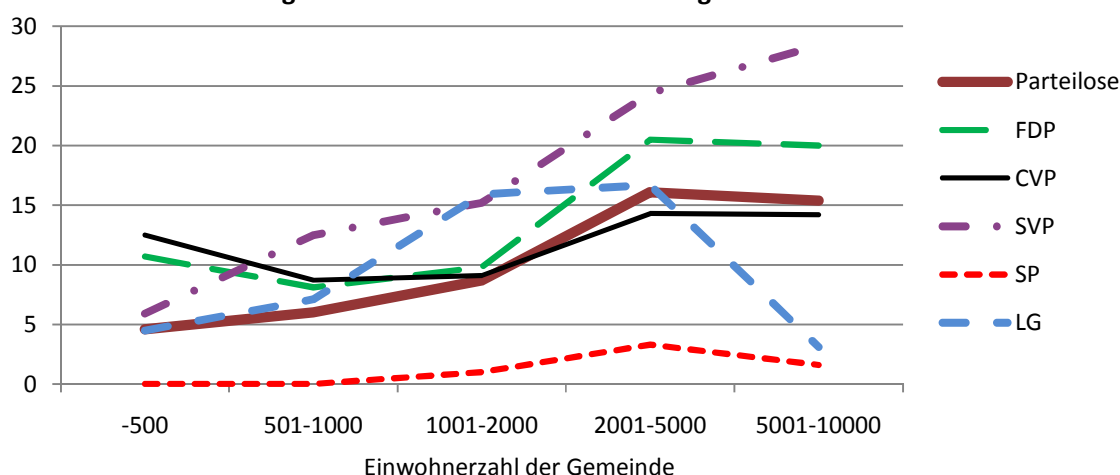
Figur 7.18: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl von einer parteiunabhängigen politischen Gruppe "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse.



Beim lokalen Gewerbe dominiert erwartungsgemäss der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien (vor allem SVP), die in der Regel wirtschaftsnahe Kandidaten portieren, und den Sozialdemokraten, die aufgrund ihrer Arbeitnehmerbezogenen Ideologie und Programmatik von Arbeitgeberseite her naturgemäss kaum Förderung erfahren (Figur 7.19). Dass wirtschaftliche Einflussnahmen mit zunehmender Gemeindegrösse anwachsen, kann nicht überraschen, weil grössere Gemeinden einerseits handlungsfähigere gewerbliche Vereinigungen aufweisen und andererseits auch machtvollere Exekutivämter, deren Inhaber in vielerlei Hinsicht (z. B. durch Vergabe von Submissionsaufträgen oder durch Handhabung von Baubewilligungen) auf die lokale Wirtschaft Einfluss nehmen. Da sie sachpolitisch meist den bürgerlichen Parteien nahestehen, darf es nicht verwundern, wenn auch die Parteilosen etwas in diese Entwicklung einbezogen werden.

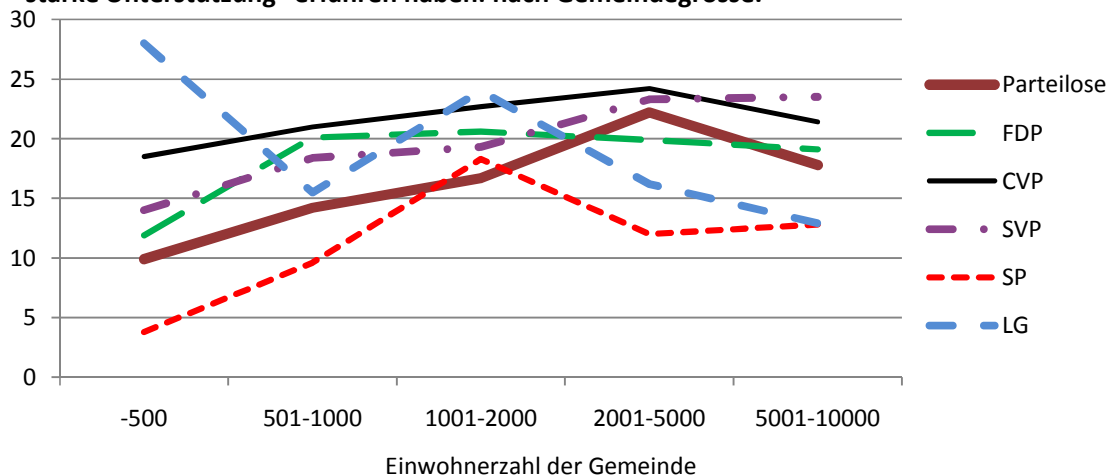
Ungeachtet der Parteibindung scheinen aber insgesamt über 80% der Exekutivmitglieder von wirtschaftlicher Einflussnahme unabhängig zu bleiben.

Figur 7.19: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl vom lokalen Gewerbe "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse



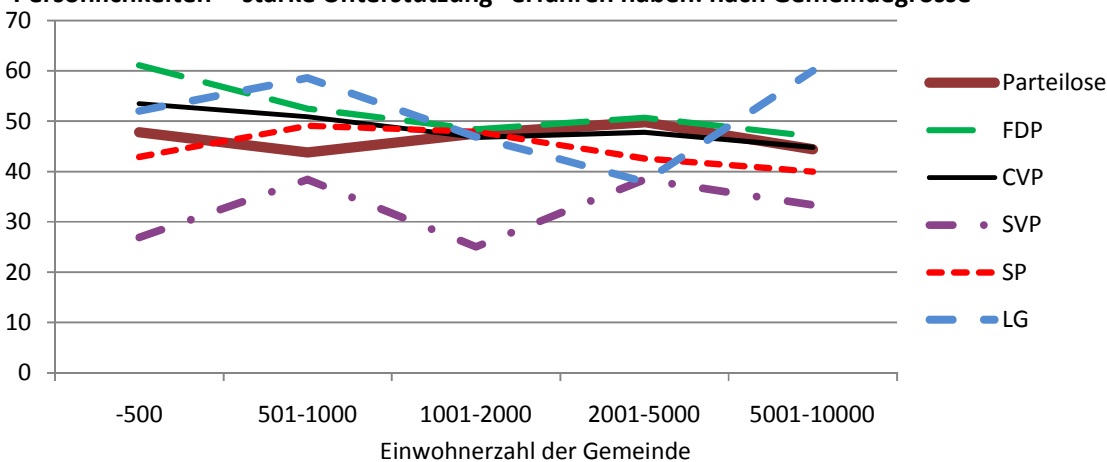
Im Gegensatz zur Einflussnahme der politischen Parteien scheint diejenige der lokalen Vereine ihr Maximum eher bei mittelgrossen Gemeinden zu erreichen (Figur 7.20). Während der ansteigende Kurventeil leicht mit der wachsenden Vielfalt und politischen Handlungsfähigkeit lokaler Vereinigungen in Verbindung gebracht werden kann, ist der Rückgang in grösseren Gemeinden wohl dadurch bedingt, dass die Unterstützung von Wahlkampagnen (genauso wie der Schwerpunkt kommunaler Politik überhaupt) verstärkt an explizit dafür zuständige Gruppierungen (Parteien und andere Aktionsgruppen) übergeht und die Vereine dazu übergehen, von direkten politischen Interventionen zu einem indirekteren Modus (durch Unterstützung dieser Parteien) überzuwechseln.

Figur 7.20: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl von lokalen Vereinen "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse.



Auch hier wird die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien spürbar, die mit der überwiegend „bürgerlichen“ politischen Orientierung der meisten Vereine zusammenhängen mag. In kleineren Gemeinden zeigt sich eine besonders starke Stellung der CVP, deren Kandidaten wohl auf die Unterstützung der zahlreichen katholischen Vereine zählen können, die als Überbleibsel der „katholischen Subgesellschaft“ (Altermatt 1989) nach wie vor bestehen.

Figur 7.21: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl "einzelnen Persönlichkeiten" "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse

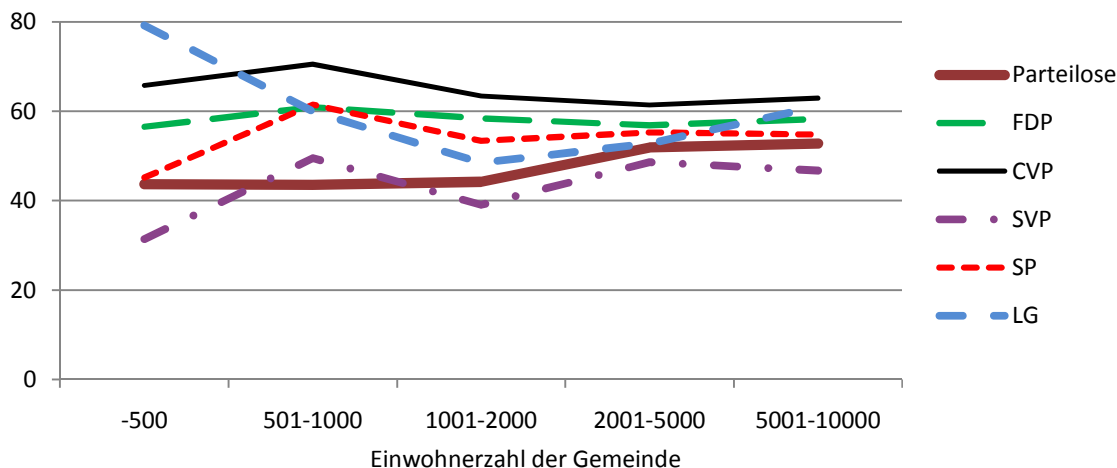


Die Hypothese, dass sich informelle Unterstützungen durch Familienmitglieder, Bekannte und andere Einzelpersonen mit wachsender Gemeindegrösse in den Hintergrund treten würden, wird nur in sehr schwacher Form bestätigt (Figuren 7.21 und 7.22). Eindrücklicher ist der Befund, dass Parteilose und Angehörige all der verschiedenen Parteien bezüglich der Einflussnahme von Familienmitgliedern und Bekannten in Grossgemeinden auf hohem Niveau

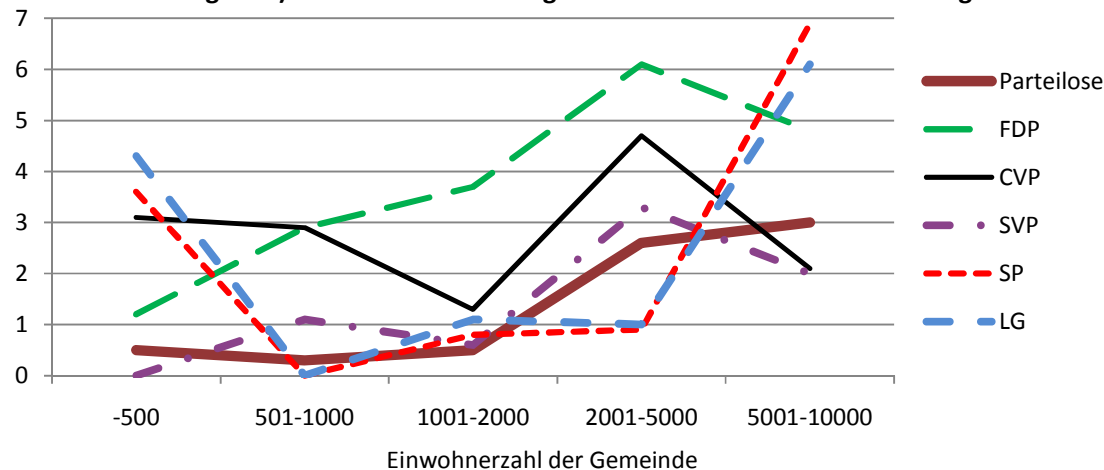
(ca. 50-60%) miteinander konvergieren, während in Kleingemeinden viel stärkere Divergenzen (z. B. zwischen der SVP und den lokalen Gruppen) bestehen.

Generell entsteht der Eindruck, dass zwischen formellen und informellen Unterstützungen kein Substitutionsverhältnis besteht, sondern dass Kandidaten in grösseren Gemeinden normalerweise in der Lage sind, von einer Kumulation beider Unterstützungsformen zu profitieren.

Figur 7.22: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl von "ihrer Familie und ihrem Bekanntenkreis" "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse.



Figur 7.23: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die bei ihrer Wahl von "Medien" (z. B. lokalen Presseorganen) "starke Unterstützung" erfahren haben: nach Gemeindegrösse.



Sehr nichtlineare Kovarianzen findet man schliesslich bei der Unterstützung durch lokale Medien (z. B. örtliche Zeitungen), die sich auch in grösseren Gemeinden nur auf eine kleinen Bruchteil aller Wahlkampagnen (unter 7%) erstreckt und bei den Parteilosen nicht einmal die Schwelle von 3% überschreitet (Figur 7.23). Der politischen Neutralität (bzw. Abstinenz) dieser örtlichen Medien ist es wohl zuzuschreiben, dass selbst in den Grosstädten weniger 10% aller Kandidaten eine „starke Unterstützung“ vermelden – obwohl diese Medien zweifellos zumindest dazu beitragen, die Sichtbarkeit der Kandidaten im kommunalpolitischen Raum zu erhöhen.

7.6.3 Konkurrenzahlen

Eher trivial, aber immerhin überprüfenswert ist die Hypothese, dass Unterstützungen häufiger und stärker gewährt werden, wenn die Kandidaten die Kampagne nicht als Alleinbewerber führen, sondern eine im Ausgang unsichere Konkurrenzwahl zu bestehen haben. Aus Tabelle 7.29 wird deutlich, dass die Gesamtsumme aller erhaltenen Unterstützungen im Falle parteigebundener Kandidaten bei kompetitiven Wahlen in Gemeinden aller Grössenklassen signifikant höher liegt, während sich diese Regularität bei Parteilosen auf kleine Gemeinden beschränkt (und bei grossen sich sogar ins Gegenteil verkehrt). Diese Differenzen bei den Parteikandidaten sind am allerwenigsten auf unterschiedliche Unterstützung durch die eigene Partei zurückzuführen, sondern darauf, dass zahlreiche andere Instanzen (vom lokalen Gewerbe über die örtlichen Vereine und die eigenen Familienmitglieder bis zu den Medien) häufiger Wahlhilfe leisten (Tab 7.29).

Tabelle 7.29: Grad der Unterstützung durch verschiedene Instanzen in Wahlkampagnen: nach Gemeindegrösse und Konkurrenzahlen.

Quelle der Unterstützung:	Konkurrenzwahl?	Einwohnerzahl der Gemeinde					
		-2000		2001-5000		5001-10000	
		Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Lokale Parteien	ja	.70**	.10	.87	.40	.90	.30
	nein	.64	.10	.86	.41	.89	.77
Parteiunabhängige Gruppen	ja	.41**	.32**	.42	..44**	.46*	.55
	nein	.33	.18	.38	.32	.38	.61
Das lokale Gewerbe	ja	.27*	.20**	.37**	.27	.34	.33
	nein	.24	.13	.30	.31	.36	.37
Lokale Vereine	ja	.40*	.33**	.44**	.40	.43	.39
	nein	.36	.23	.38	.42	.40	.33
Einzelne Persönlichkeiten	ja	.67*	.63**	.67*	.68	.69*	.65
	nein	.70	.58	.62	.61	.63	.65
Familie/Bekanntkreis	ja	.73**	.68**	.74*	.71	.76**	.72
	nein	.64	.55	.70	.63	.68	.70
Medien	ja	.11*	.07**	.22**	.15	.30	.29
	nein	.09	.03	.17	.12	.26	.28
Gewerkschaften	ja	.02	.01	.04*	.01	.08	.02
	nein	.01	.01	.02	.02	.06	.06
Gesamtsumme aller Unterstützungen (Skala von 1-8)	ja	3.2**	2.3**	3.7**	2.9	3.9**	3.2**
	nein	2.8**	1.7	3.3	2.8	3.6	3.7
N =		1597	1742	1213	178	677	138

* $p < .05$ ** $p < .01$. Signifikanz der Differenz zwischen Konkurrenzwahl „ja“ vs. „nein“.

Auch Parteilose können sich auf vielfältigere Unterstützungsquellen verlassen, wenn sie kompetitive Wahlen bestehen müssen; aber das ändert nichts daran, dass sie überall niedriger als ihre parteigebundenen Kollegen rangieren. In grossen Gemeinden hängt zumindest die von örtlichen Unternehmen und Vereinen gewährte Unterstützung nicht mehr von der Kompetenz der Wahlen ab: im Unterschied zur informellen Unterstützung durch Einzelpersonen, Familie und Freund, die offenbar flexibler auf die in der konkreten Wahlsituation erwachsenden Bedürfnisse reagiert.

7.6.4 Grösse des Exekutivgremiums

Ebenso naheliegend ist die Vermutung, dass die Art und der Grad an Wahlunterstützung davon abhängt, wie lange Bewerber bereits in der Gemeinde wohnhaft sind. Wer seit Geburt oder Kindheit im Ort wohnhaft ist, darf wohl auf ein erheblich grösseres „lokales Sozialkapital“ zählen als jemand, der erst kürzlich zugezogen ist: sei es in der informellen Form grösserer Bekannten- und Freundeskreise, die sich seit der Kindheit und Schulzeit unweigerlich angesammelt haben; sei es in der Form formellerer sozialer Beziehungen und Loyalitäten, die aus der Teilnahme an lokalen Vereinen oder aus lokalen Wirtschaftstätigkeiten (z. B. als Gewerbetreibender) resultieren.

Aus Tabelle 7.30 wird deutlich, dass Bewerber, die erst im Erwachsenenalter zugezogen sind, tatsächlich aus dem Familien- und Bekanntenkreis, dem lokalen Gewerbe und den örtlichen Vereinen signifikant weniger Unterstützung erfahren, während politische Gruppen, Medien und Gewerkschaften ihren Support nicht von der Wohndauer abhängig machen.

Daraus ergibt sich, dass autochthone Bewerber(innen) über einen etwas grösseren Gesamtumfang an Wahlunterstützung verfügen. Interessanterweise können sich nur Parteigebundene Kandidaten (kleinerer Gemeinden) auf ein stärkeres Engagement ihrer Freunde und Verwandten abstützen, während von der stärkeren Unterstützung der Vereine oder Wirtschaftsunternehmen auch die Parteilosen (und die Bewerber in grösseren Kommunen) profitieren.

Drittens darf angenommen werden, dass die Wahlunterstützung selbst in kleinen Gemeinden höher liegt, wenn die Exekutive nur wenige Sitze umfasst: weil dann jedem Mandat eine grössere politische Bedeutung zukommt, da sein Inhaber über umfangreichere Ressortkompetenzen und Mitsprachemöglichkeiten im Gremium verfügt.

Tatsächlich zeigt sich zumindest bei den Parteigebundenen, dass Umfang und Diversität der Wahlunterstützung bei Gremien mit nur drei oder fünf Mitgliedern höher liegt als bei Räten, die sieben oder gar neun Sitze zu besetzen haben (Tab. 7.31). Bei Parteilosen kann nur in mittelgrossen Gemeinden (2000-5000 Einwohnern) eine analoge Korrelation beobachtet werden, die aber die Schwelle statistischer Signifikanz nicht überschreitet. Die deutet darauf hin, dass hauptsächlich die Parteien diese Mehrunterstützung mobilisieren, da sie es sind, die die grössere Machtfülle Kleingremienmandaten wahrnehmen und in erster Linie davon profitieren.

Tabelle 7.30: Grad der Unterstützung durch verschiedene Instanzen in Wahlkampagnen: nach Gemeindegrösse und Alter beim Zuzug in die Gemeinde.

Quelle der Unterstützung:	Alter beim Zuzug	Einwohnerzahl der Gemeinde:					
		-2000		2001-5000		5001-10000	
		Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Lokale Parteien	-18	.69	.09	.87	.32	.87	.32
	19+	.67	.09	.87	.44	.87	.44
Parteiunabhängige Gruppen	-18	.38	.24	.42	.40	.43	.46
	19+	.38	.24	.45	.38	.52	.59
Das lokale Gewerbe	-18	.29**	.22**	.42**	.38*	.39**	.43
	19+	.23	.14	.31	.25	.32	.28
Lokale Vereine	-18	.42**	.34**	.50**	.46	.47**	.48
	19+	.36	.25	.38	.38	.39	.32
Einzelne Persönlichkeiten	-18	.66	.61	.65	.69	.69	.66
	19+	.65	.63	.66	.65	.68	.64
Familie/Bekanntenkreis	-18	.75**	.62	.76**	.72	.77	.83
	19+	.66	.60	.70	.67	.73	.83
Medien	-18	.10	.01	.21	.15	.30	.29
	19+	.10	.01	.20	.14	.29	.30
Gewerkschaften	-18	.02	.01	.03	.03	.01	.03
	19+	.02	.01	.03	.01	.07	.01
Umfang/Diversität aller Unterstützungen (Skala von 1-8)	-18	3.19**	2.08**	3.78**	3.19**	3.97*	3.50
	19+	2.94	1.97	3.42	2.78	3.79	3.13
N =		2040	1986	1412	243	1169	50

* $p < .05$ ** $p < .01$. (Signifikanz der Differenz zwischen Alter beim Zuzug „-18“ vs. „19+“)

7.6.5 Interkantonale Vergleiche

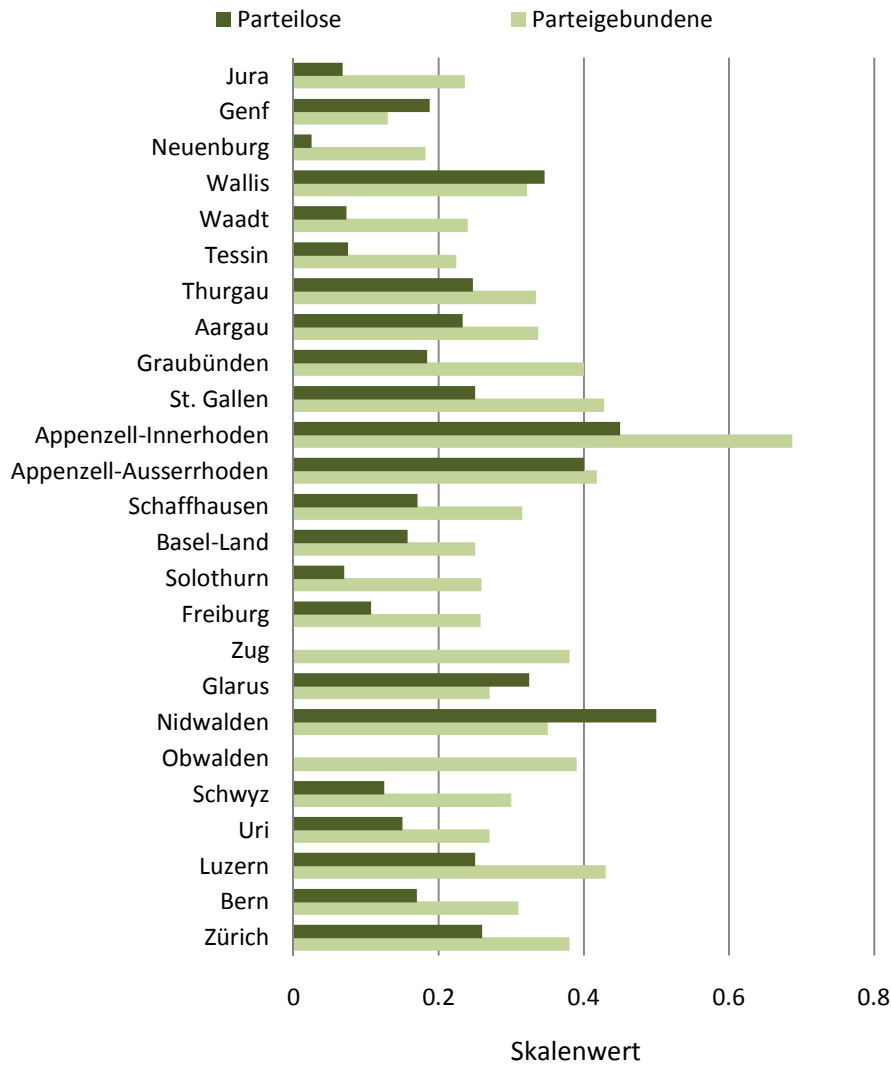
Bei einer Aufgliederung nach Kantonen wird sichtbar, in welcher Masse es von den überlokalen politischen Kulturen abhängt, wer in welchem Umfang auf . So ist es vorwiegend in einigen traditionell ländlichen Kantonen der deutschen Schweiz (Appenzell, Nidwalden und Wallis) relativ verbreitet, dass lokale Gewerkekreise auf die Wahl bestimmter Kandidaten Einfluss nehmen, während z. B. die Kandidaten in Genfer und Neuenburger Gemeinden weitgehend unabhängig von derartigen Interventionen bleiben. Nur in Glarus, Wallis und Genf sind es die Parteilosen, sich etwas häufiger auf Hilfestellungen aus der lokalen Wirtschaft abstützen können; überall sonst kommt diese Unterstützung häufiger den Parteivertretern zu (Figur 7.24).

Analoges gilt für die Vereinsunterstützung, von der nur in Basel-Land, Glarus und Nidwalden vorwiegend die Parteilosen profitieren (Figur 7.25). Generell variieren die Parteilosen auf einem breiteren Spektrum als die Parteigegebenen, bei denen Werte um 0.4 nur im Falle von Genf und Luzern wesentlich überschritten werden. Im Unterschied zum Einfluss des Gewerbes ist kein klarer Zusammenhang mit Ländlichkeit und traditionellen Wirtschaftsstrukturen zu erkennen, weil auch Kantone mit relativ vergleichbaren sozio-ökonomischen Strukturen (z. B. Schwyz und Nidwalden) im Unterstützungsgrad der Parteilosen dramatisch unterscheiden.

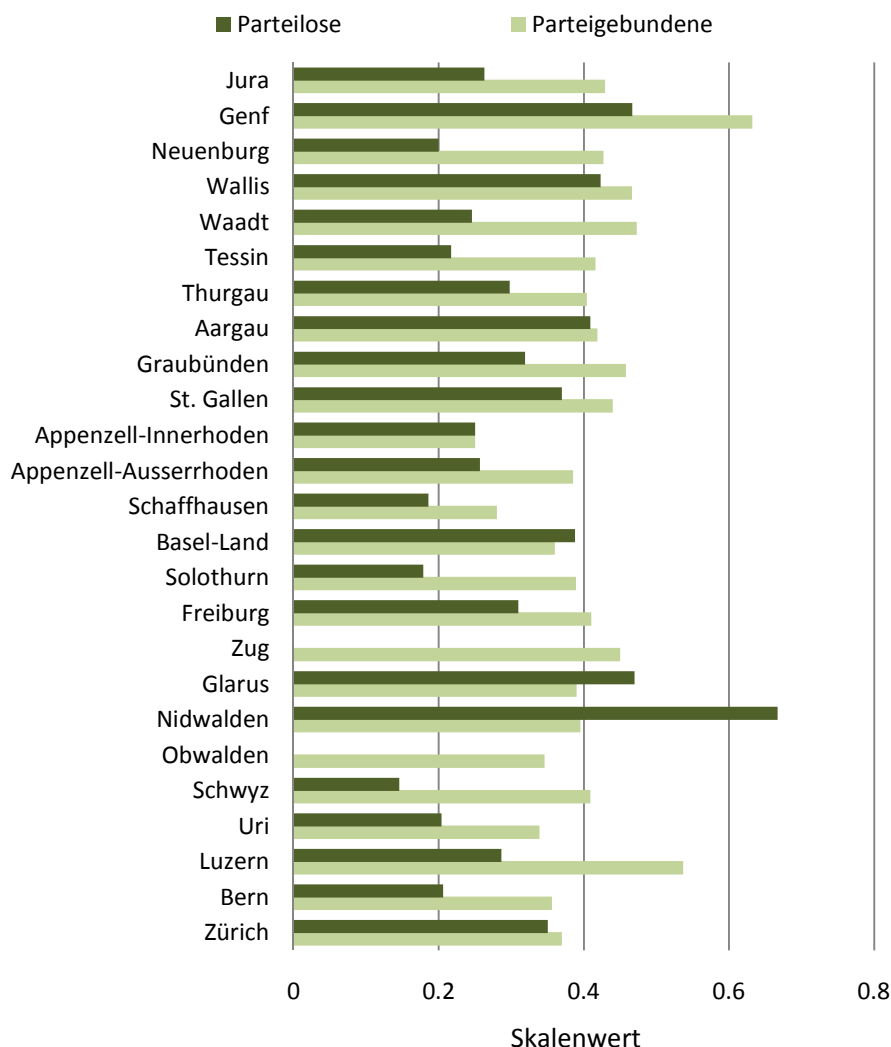
Tabelle 7.31: Umfang/Diversität der gesamten Wahlunterstützung: nach Gemeindegrösse und Sitzzahl in der Gemeindeexekutive (Index von 0-8).

Sitzzahl in der Exekutive:	Einwohnerzahl der Gemeinde:					
	-2000		2001-5000		5001-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
3	3.59	2.02	4.10	--	--	--
5	3.01	1.96	3.79	2.99	4.14	2.78
7	3.07	1.92	3.48	2.97	3.94	3.53
9+	3.08	2.21	3.49	2.29	3.65	2.79
F-Test (sign.l)	2.434 .063	.794 .503	5.363 .001	2.881 .058	6.304 .000	1.258 .295
N =	1755	1829	1277	209	1027	47

Figur 7.24: Durchschnittliche Unterstützung bei der Wahlkampagne durch das "Lokale Gewerbe": nach Kantonen (Skala von 0-1).

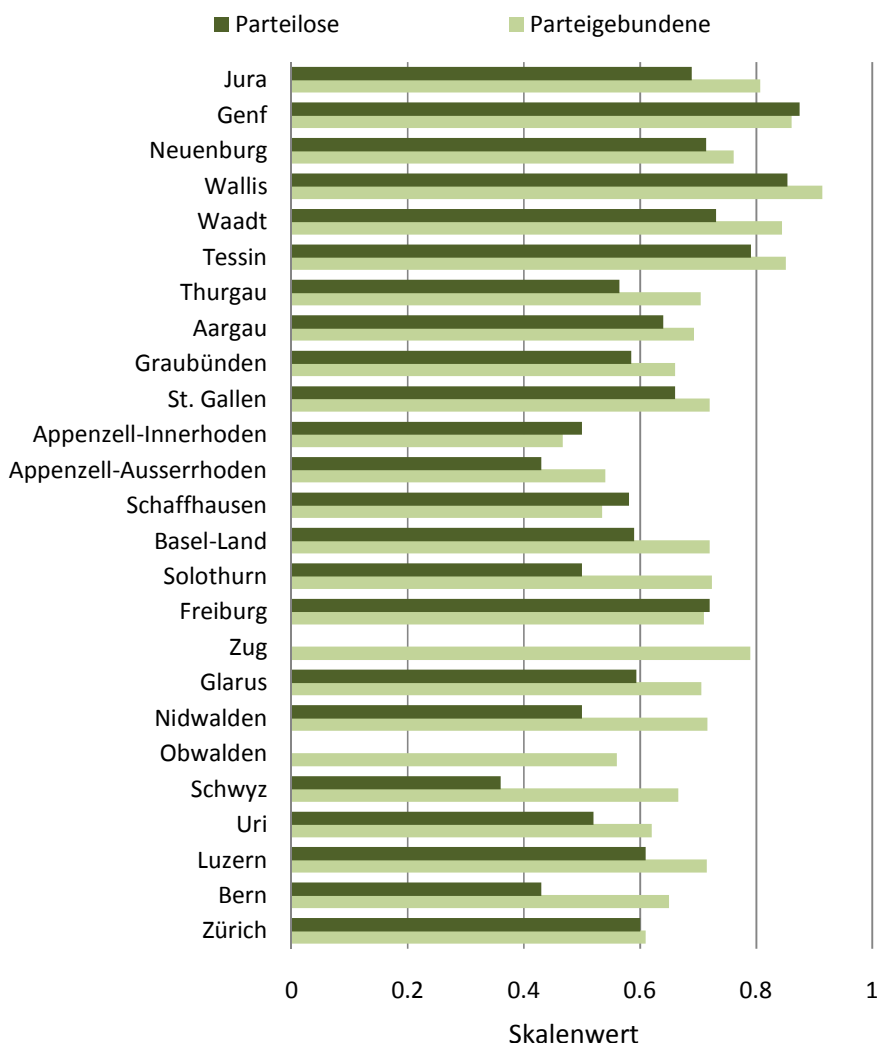


Figur 7.25: Durchschnittliche Unterstützung bei der Wahlkampagne durch "lokale Vereine": nach Kantonen (Skala von 0-1).



Informelle Wahlhilfen durch Familienmitglieder und Freunde sind vor allem in der Westschweiz und im Tessin fast universell verbreitet, während in den deutschsprachigen Regionen fast die Hälfte aller Kandidaten keine derartige Unterstützung vermeldet (Figur 7.26). Auch hier sind es in einer Mehrheit von 19 Kantonen die Parteigebundenen, die sich häufiger darauf abstützen können – aber im Vergleich zur Gewerbe- und Vereinsunterstützung sind die Abstände zu den Parteilosen meist sehr gering.

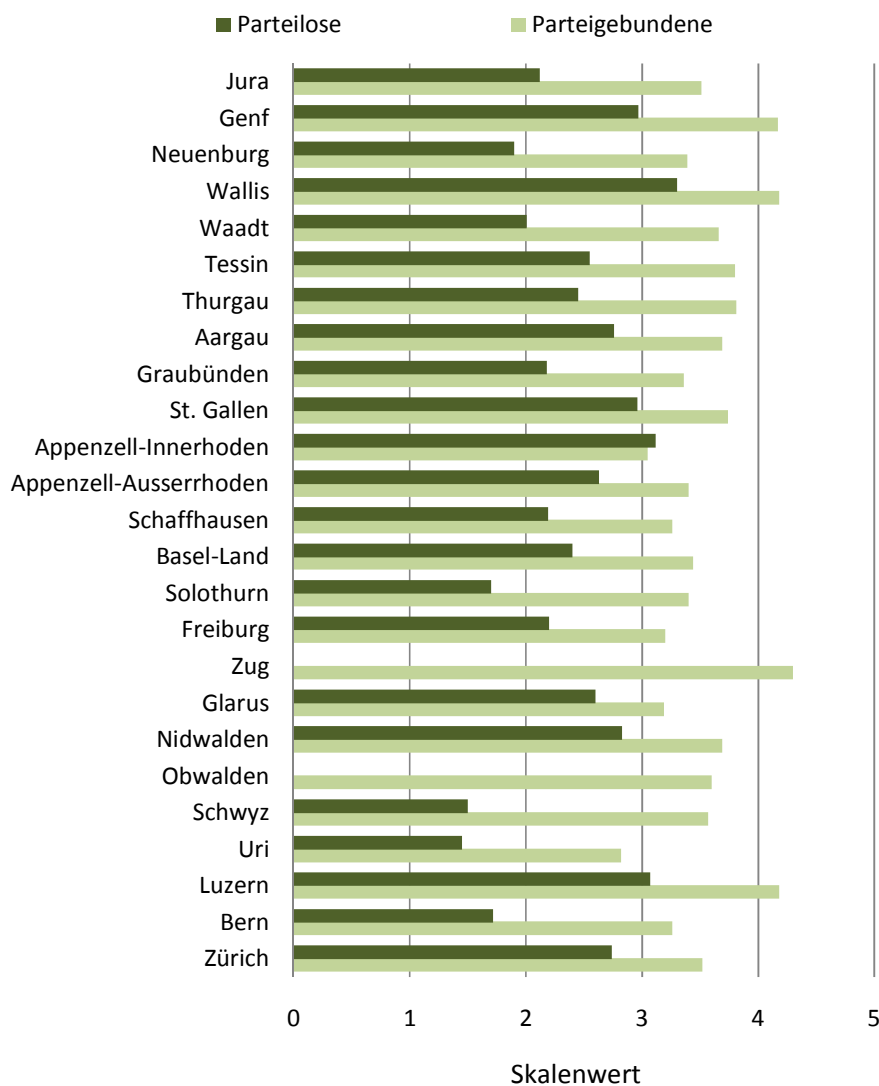
Figur 7.26: Durchschnittliche Unterstützung bei der Wahlkampagne durch "Familienmitglieder und Bekannte": nach Kantonen (Skala von 0-1).



Auch beim interkantonalen Vergleich der Gesamtunterstützung (summativer Index) entsteht der Eindruck, dass bei den Parteigebundenen über alle Regionen hinweg durchaus ähnliche Verhältnisse vorherrschen – obwohl andererseits zwischen Kantonen derselben Region (z. B. Uri und Luzern/Zug) beträchtliche Unterschiede bestehen (Figur 7.27). Sehr viel deutlichere Differenzen erscheinen bei den Parteilosen, die in Schwyz, Uri, Bern und Solothurn im durchschnitt mit einer minimalen Unterstützung auskommen müssen, während sie sich im Luzern, Genf und im Wallis auf viel reichhaltigere Hilfestellungen verlassen können.

Natürlich sind die schlechteren Karten der Parteilosen grossenteils auf das Fehlen von Parteisupport zurückzuführen – aber zu über 50% auch auf die Tatsache, dass sich praktisch alle übrigen kommunalpolitisch aktiven Kräfte weniger für sie engagieren.

Figur 7.27: Durchschnittliche Gesamtunterstützung bei der Wahlkampagne nach Kantonen (Skala von 0-8).



7.6.6 Zusammenfassung

Man würde vermuten, dass parteilose Kandidaten auf besonders viel Wahlunterstützung angewiesen sind, weil sie sich nicht auf den Ex ante-Bonus, den eine gut etablierte wählerstarke Partei genießt, abstützen können, und weil es gilt, ihren Mangel an öffentlicher Bekanntheit (der mit ihrer oft fehlenden vorgängigen Amtstätigkeit zusammenhängt) zu kompensieren.

Tatsächlich stellt man aber fest, dass Parteilosen nicht nur die Unterstützung seitens politischer Parteien fast völlig fehlt, sondern dass sie auch von allen anderen Gruppen und Instanzen - von Vereinen und Unternehmen bis zu den Medien und ihren eigenen Familienangehörigen – weniger Unterstützung als parteigebundene Kandidaten erfahren.

Positiv gewendet bedeutet dies, dass Kandidaten mit der Zugehörigkeit zu einer Partei gleichzeitig viele andere Unterstützungsquellen erschliessen: sei es, dass die Partei in Wahlkampagnen ihre guten Beziehungen zu mit lokalen Vereinen oder Wirtschaftskreisen mobilisieren kann, sei es, dass Parteikandidaten mehr informelle Unterstützung geniessen, weil sie in ihrem Verhalten systemkonformer und in ihren Positionen und Gesinnungen berechenbarer als Parteilose erscheinen.

Der Mangel an Unterstützung ist bei jenen Parteilosen besonders eklatant, bei denen dank geringer Gemeindegrösse und Fehlen von Konkurrenz Kandidaten keine aufwändige Wahlkampagne erforderlich ist. Ganz offensichtlich ist man in vielen solchen Fällen froh, dass sich überhaupt jemand für das Amt zur Verfügung stellt, da sich die Parteien mangels Kandidaten (oder mangels Attraktivität des Amtes) nicht für das Mandat interessieren. Aus ähnlichem Grund erhalten auch Parteikandidaten weniger Unterstützung, wenn mit dem Einzelmandat infolge der grossen Mitgliederzahl des Gesamtgremiums relativ wenig Chancen zur Machtausübung bietet.

Erwartungsgemäss können sich autochthone (d. h. seit Kindheit in der Gemeinde wohnhafte) Kandidaten gegenüber Neuzuzüglern auf eine etwas breitere Unterstützungsbasis abstützen, weil sie von Vereinen und Wirtschaftsbetrieben (und in kleineren Gemeinden auch seitens ihrer Familie und Freunde) etwas mehr Hilfestellung erhalten.

Unabhängig von der Bevölkerungsgrösse und allen anderen Gemeindemerkmale wird die Wahlunterstützung schliesslich in nicht geringem Ausmass durch die politische Kultur auf kantonaler oder regionaler Ebene bestimmt. So zeigt sich, dass der informellen Unterstützung durch Familie und Bekannte in der Romandie und im Tessin mehr Gewicht als in der Deutschen Schweiz zukommt, und dass Interventionen des lokalen Gewerbes eher in Kantonen mit traditioneller Wirtschaftsstruktur im Vordergrund stehen.

7.7 Alter beim Amtsantritt

In der oben (vgl. 6.2) beschriebenen Regularität, dass exekutive Mandatsträger grösserer Gemeinden zum Befragungszeitpunkt durchschnittlich älter waren, widerspiegelt sich vor allem die Tatsache, dass sie ihr Amt häufig bereits in reiferen Jahren angetreten haben. Dies mag damit zusammenhängen, dass jüngere Kräfte häufiger in den umfangreichen subalternen Milizgremien (Gemeindeparlament, Spezialkommissionen) festgebunden bleiben, dass umfangreichere organisatorische Kenntnisse und soziale Beziehungsnetze für die Wahl notwendig sind – oder dass bei grösserer Kandidatenauswahl Bewerber(innen) mit reicheren Erfahrungen naheliegenderweise vorgezogen werden. Parteilose haben gegenüber Parteirepräsentanten den Vorteil, dass sie eher als „Quereinsteiger“ kandidieren können, ohne vorgängig lange Jahre im Dienste der Partei untergeordnete Funktionen eingenommen zu haben.

Andererseits hängen ihre Wahlchancen um so mehr davon ab, dass sie sich vielleicht auf unpolitischen Feldern (z. B. in Vereinen oder Medien) über lange Jahre hinreichende kommunale Sichtbarkeit und Reputation (*ad personam*) erworben haben, während Parteien - falls sie wollen - durchaus in der Lage sind, bisher unbekannte Neuankömmlinge aufs politische Parkett zu hieven. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eher die zweite Argumentation zutreffen könnte, da Parteilose (in Gemeinden aller Grössenkategorien) ihr Mandat durchschnittlich in einem leicht höheren Alter angetreten haben (Tab 7.32).

Tabelle 7.32: Durchschnittliches Alter beim Antritt des Exekutivamtes: nach Gemeindegrösse

	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
	41.9	42.2	42.5	43.5	43.3	44.6	44.2	45.9	44.6	45.5
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	138
F-Test (sign.)	.355 (.551)		4.553 (.033)		7.583 (.006)		8.265 (.004)		.364 (.546)	

Unabhängig von der Gemeindegrösse sind Exekutivmitglieder beim Amtsantritt etwas älter, wenn sie sich einer überdurchschnittlich gebildeten – und deshalb vielleicht auch besonders anspruchsvollen - Wählerklientele stellen müssen. Bezeichnenderweise sind diese vom Bildungsniveau der Bevölkerung ausgehenden Differenzen bei den bei den Parteivertretern etwas weniger ausgeprägt als bei den Parteilosen – wo der mangelnde intervenierende Einfluss einer Partei zur Folge hat, dass sich Präferenzen der Bevölkerung unmittelbarer bemerkbar machen und ungefilterter durchsetzen können (Tab. 7.33).

Tabelle 7.33: Durchschnittliches Alter beim Antritt des Exekutivamtes: nach Gemeindegrösse und Prozentsatz von Personen Universitätsbildung in der Gemeindebevölkerung

Prozentsatz der Bevölkerung mit Universitätsbildung	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-2	41.6	41.3	41.5	42.2	43.1	43.2	42.9	45.4	43.6	46.7
2-4	40.2	43.4	43.2	42.7	42.7	44.5	44.1	44.8	43.9	44.7
4-6	45.6	41.4	43.2	44.8	44.2	44.9	44.3	45.6	45.3	43.1
6+	(39.5)	42.3	43.7	48.3	45.0	47.2	45.8	48.3	45.6	51.0
F-Test sign.	6.61	3.36	1.78	9.28	3.36	2.87	3.02	2.16	1.94	1.06
	.001	.018	.148	.000	.018	.036	.029	.093	.123	.380
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	138

Die Vermutung, dass parteilose Jungpolitiker eine etwas höhere Zugangsschwelle zu Kandidaturen als gleichaltrige Parteivertreter zu überwinden haben, wird durch Tabelle 7.34 bestätigt, wo sich zeigt, dass deutlich geringere Prozentanteile von ihnen beim Amtsantritt unter 35 waren.

Tabelle 7.34: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die ihr Amt vor 35 angetreten haben: nach Gemeindegrösse

	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Frauen	22	21	16	14	13	11	11	8	6	11
Männer	33	28	24	19*	19	12**	17	9**	16	14
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	138

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Die Mitgliedschaft zu einer Partei scheint aber für Männer durchwegs bedeutsamer als für die Frauen, wo die Unterschiede zwischen Parteilosen und Parteigebunden gering sind und in keinem Fall die Signifikanzschwelle überschreiten.

Eine Aufgliederung nach Parteirichtungen zeigt, dass vor allem die drei bürgerlichen Parteien selbst in mittelgrossen Gemeinden in hohem Masse Jungkandidaten portieren, während sich diese Jungförderung bei den Sozialdemokraten und den rein lokalen Gruppen auf Kleinstgemeinden (wo sie ohnehin kaum vertreten sind) beschränkt (Tab 7.35). Bezeichnenderweise haben junge Parteilose in Kleinstgemeinden die weitaus besten Zutrittschancen: also in Umgebungen, wo sie ohne besonderen Aufwand von der gesamten Wählerklientele wahrgenommen werden.

Tabelle 7.35: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die ihr Amt vor 35 angetreten haben: nach Gemeindegrösse und Parteirichtung

	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-500	26	31*	38**	25	41*	27	15
501-1000	18	23*	25*	25*	22	27	21
1001-2000	12	18**	21**	24**	15	12	7
2001-5000	9	16*	18***	20**	19*	10	12
5001-10000	13	13	11	18	19	12	14
Total	18	19	18	21	18	14**	12**
N =	2589	4904	1388	994	800	711	361

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteigebundenen und Parteilosen)

Wiederum zeigt sich, dass parteilose Jungpolitiker in Gemeinden mit einem hohen Anteil an akademisch gebildeten Einwohnern sehr geringe Wahlchancen besitzen. Besonders drastisch gilt dies oberhalb von 1000 Einwohnern, wo der Prozentanteil derjenigen, die vor 35 das Amt

angetreten haben, bei gut gebildeten Wählerklientelen praktisch auf den Nullpunkt sinkt (Tab 7.36).

Tabelle 7.36: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die ihr Amt vor 35 angetreten haben: nach Gemeindegrösse und Prozentsatz von Personen Universitätsbildung in der Gemeindebevölkerung

Prozentsatz der Bevölkerung mit Universitätsbildung:	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
-2	29	28	26	19	18	16	19	8	14	--
2-4	40	23	19	20	20	16	16	13	15	--
4-6	21	31	21	14	17	7	15	5	15	--
6+	37	23	18	9	11	2	16	2	9	--
Chi2-Test	8.61	5.81	3.37	6.79	5.16	10.92	1.54	5.89	2.50	2.09
Sign.	.018	.061	.170	.039	.080	.006	.336	.058	.240	.277
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	138

Unabhängig ihrer Parteibindung werden kommunale Nachwuchspolitiker in homogen katholischen Gemeinden häufiger in sehr jungen Jahren gewählt als in Kommunen, die eine konfessionell gemischte oder überwiegend protestantische Bevölkerung besitzen (Tab 7.37). Hier bestätigt sich die in einer früheren Publikation (Geser 2008) berichtete Regularität, dass in katholischen Gemeinden jüngere Alterskohorten quantitativ stärker an der Kommunalpolitik partizipieren. Darin mögen sich immer noch Überreste jener von Urs Altermatt prägnant charakterisierten „katholischen Subgesellschaft“ widerspiegeln, die – im Gegensatz zum individualistischeren protestantischen Milieu - darauf ausgerichtet ist, junge Menschen bereits von ihrer Schulzeit an mit Hilfe eines dichten Netzwerks örtlicher Vereine und Verbände ins lokale Gemeinschaftsleben zu integrieren (Altermatt 1989).

Tabelle 7.37: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die ihr Amt vor 35 angetreten haben: nach Gemeindegrösse und Prozentanteil der Katholiken in der Wohnbevölkerung

% Katholiken	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-75	28	26	19	17	16	10	14	7	13	-
76+	34	34	26	24	24	21	27	20	14	-
Chi2 sign.	1.02	4.02	3.09	2.83	7.40	5.44	24.17	3.10	.127	
	.170	.030	.052	.066	.005	.044	.000	.108	.418	
N =	293	848	439	547	865	347	1213	178	677	138

Die multivariate Analyse zeigt, dass die Grösse und der Katholikenanteil in der lokalen Bevölkerung sowohl bei den Parteigegebenen als zwei voneinander unabhängige Faktoren dazu beitragen, den frühen Eintritt in die Exekutive (vor 35) zu erklären (Tab 7.38). Erwartungsgemäss zeigt sich, dass der negative Einfluss, der vom Bildungsniveau der Bevölkerung ausgeht, nur bei den Parteilosen die Signifikanzschwelle überschreitet – während die konfessionellen Einflüsse sich bei beiden Gruppen nicht wesentlich unterscheiden.

Tabelle 7.38: Multivariate Erklärungsmodelle für den Amtseintritt vor 35 Jahren (logistische Regressionen): nach Parteibindung.

Prädiktoren:	Parteigegebene			Parteilose		
	Reg. K.	WALD	Exp(B)	Reg. K.	WALD	Exp(B)
Einwohner (log)	-.278	63.01	.757**	-.500	83.79	.607**
% Katholiken	.01	52.39	1.010**	.01	11.28	1.006**
% Universitätsbildung	-.02	2.65	.979	-.04	6.06	.959**
Konstante	.177	.403	1.176	1.641	22.391	1.362**
Nagelkerkes R2		.051			.071	
(N =)		4794			2539	

* $p < .05$ ** $p < .01$

Beim Kantonsvergleich (Figur 7.28) wird sichtbar, wie stark sich die Gemeinden verschiedener Regionen in ihrer Offenheit gegenüber den jüngeren Alterskohorten unterscheiden. Während in der Bergkantonen Graubünden und Wallis fast 30% aller Amtsinhaber ihr Mandat vor 35 angetreten haben, sind es in Zürich und Obwalden nur ca. 10 und Appenzell-Ausserrhodon kaum mehr als 5%. Noch dramatischer sind die Unterschiede im Falle der Parteilosen, die im Tessin und Jura sowie in Bern und Freiburg eindeutig leichter als Parteigegebene die Chance haben, bereits in jungen Jahren ein Exekutivmandat zu erringen. Sie kontrastieren mit den Stadtkantonen Zürich, Bern und Genf, wo Parteilose im Durchschnitt offensichtlich länger als Parteivertreter warten müssen, bis sie die persönlichen Voraussetzungen für dieses öffentliche Amt erfüllen.

Figur 7.28: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die ihr Amt bereits im Alter unter 35 angetreten haben: nach Parteibindung und Kantonen.

